Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 271 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 8/2017 VOM 15. AUGUST 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Zwei Drittel für den Erhalt der Dorfstraße**
Ergebnisse der Umfrage in Klandorf

7-10 | **Krieg und Frieden**
Schwerpunktthema August

13 | **Kurzsichtige städtische Kulturpolitik**
Industriekultur-Erbepflege

Online-Petition **contra** *Radstreifen*

Eberswalde (bbp). Seit dem 10. August gibt es auf der Internetplattform »openPetition« eine von SANDRA MURAWSKI aus Finowfurt initiierte Petition zum »*Rückbau des Fahrradschutzstreifens Heegermühler Straße in Eberswalde*«. Bis Sonntag waren schon mehr als 200 Unterschriften eingesammelt.

»*Vor einiger Zeit*«, schreibt die Initiatorin, »*wurde die Heegermühler Straße aus beiden Richtungen von jeweils zwei auf eine Spur verkleinert, um einen Fahrraddschutzstreifen von über zwei Meter Breite auf der Fahrbahn abzutrennen. Da es sich um eine sehr stark frequentierte Straße handelt, läuft der Verkehr seitdem sehr stockend und bringt viel Verwirrung mit sich. Gerade als Ortsunkundiger ist die Verkehrsführung extrem unübersichtlich. Der Ärger über diese neue Straßenführung wird jeden Tag lauter und nun ist es an der Zeit, dem Bürger ein Sprachrohr zu bieten, welches diese Petition erfüllen soll.*«

Sandra Murawski verweist auf zahlreiche Beinah-Unfälle wegen der »*seltsamen Verkehrsführung*«, die in einigen Autofahrern die Macht des Stärkeren wecke. Selbstverständlich sei es wichtig, Fahrradwege zu schaffen, was aber durchaus mit der Erneuerung der Gehwege erfolgen könne. Die Änderung der Verkehrsführung war »*völlig unnötig, da man in diesem Bereich wohl kaum von einer Gefahrenstelle für Fahrradfahrer sprechen*« konnte. Verkehrsgefährdend sei vielmehr die neue Verkehrsführung, die den vorher flüssigen Verkehr stoppt.

Link zur Online-Petition: www.openpetition.de/petition/online/rueckbau-des-fahrradschutzstreifens-heegermuehler-strasse-in-eberswalde

Fahrradverkehrszählung

Eberswalde (bbp). Die Bürgerinitiative »*Radwege in Eberswalde*« hat jetzt die Ergebnisse eines eigenen Verkehrsaudits vorgelegt. Ein Mitstreiter der Initiative hatte am 8. und 10. August an der Kreuzung Heegermühler/Werbelliner/Triftstraße die Fahrradfahrer gezählt. Am 8. August hatte er den Radverkehr am Nachmittag zwischen 15.30 und 16.30 Uhr gezählt, während die Zählung vom 10. August am Morgen zwischen 6.55 und 8.25 Uhr erfolgte. Hier sind die Ergebnisse, wobei die Zahlen auf jeweils eine Stunde umgerechnet wurden (Nord = Fahrtrichtung Eberswalde-Finow; Süd = Fahrtrichtung Finow-Eberswalde):

	10.8. (früh)	8.8. (nachmittags)	Summe
Nord (Radstreifen)	6	10	16
Nord (Fußweg)	1	6	7
davon falsche Richtung	50 %	17 %	25 %
Nord (gesamt)	**7**	**16**	**23**
Anteil Radstreifen	86 %	63 %	70 %
Süd (Radstreifen)	7	5	12
Süd (Fußweg)	5	16	20
davon falsche Richtung	86 %	56 %	61 %
Süd (gesamt)	**12**	**21**	**32**
Anteil (Radstreifen)	58 %	24 %	38 %

Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Der Gehweg ist sicherer. Das meinen auch die fleißigen Briefzustellerinnen und Briefzusteller.

Hinzu kommen zur Vormittagszählung 10 und für den Nachmittag 22 Radfahrer, die – grundsätzlich den Fußweg nutzend – aus der Triftstraße in die Heegermühler Straße einbogen oder von dort in die Triftstraße fuhren. Dieser Lokalverkehr hatte vorrangig die Einzelhandelsangebote von Bäckerei und dem nahen Westendcenter zum Ziel. Letzteres verfügt über keinen direkten Zugang zu den dahinter liegenden Wohngebieten und kann nur über die Heegermühler Straße erreicht werden.

Auf der geringer frequentierten nördlichen Straßenseite nutzten zwei Drittel bis drei Viertel der Fahrradfahrer das Angebot des Radstreifens. Auf der südlichen Straßenseite war die Akzeptanz für den Radstreifen deutlich geringer. Einschließlich der Ein- und Auspendler des Wohngebiets nutzten hier 88 % der Fahrradfahrer den Gehweg. *(Seiten 4 und 15)*

1. September – Weltfriedenstag in Eberswalde

Ab 16.30 Uhr erklingen Friedenslieder auf dem **Markplatz Eberswalde**. Die Kundgebung, beginnt um **17 Uhr**. Redebeiträge wechseln sich mit Liedern von TOBIAS EMMERICH zur Gitarre und der Trommelgruppe von Palanca ab. Zu 18 Uhr rufen dann die Glocken zum Friedensgebet in der Maria-Magdalenen-Kirche. Einen Schwerpunkt bildet der Zusammenhang von Krieg als Ursache einerseits und Flucht und Vertreibung als Folge andererseits. Wir fordern das Ende aller Kriegshandlungen und die Beseitigung der Ursachen von Kriegen. Die Bundeswehr muß sich aus allen Auslandseinsätzen zurückziehen. Wir treten für eine menschenfreundliche Willkommenspolitik gegenüber den Flüchtlingen und Asylbewerbern ein und fordern vom Landrat einen sofortigen Abschiebestopp. **Kommt zahlreich zur Friedenskundgebung und dem anschließenden Friedensgebet.** *Bündnis für den Frieden Eberswalde*

Super Mario

Mario Draghi heißt der stille Held aus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main. Mit dem regelmäßigen Kauf großer Mengen an Staatsanleihen hat die EZB allen gezeigt, was eine tatkräftige Organisation mit einem guten Plan für die Menschen in Europa erreichen kann. Mario hat das super gemacht!

Das große Kaufprogramm der EZB war eine Reaktion auf den großen Crash des Finanzsystems, den einige windige Banker in New York herbeispekuliert hatten. Selbst die großen Banken bekamen es nun mit der Angst zu tun und wollten kein Geld mehr machen. Die Herren Bedenkenträger verzichteten auf ihr eigentliches Geschäft. Stattdessen warnten sie vor der großen Inflation. Manche Weltökonomen haben sogar eine alternative Partei gegründet, um das Abendland vor dem Untergang zu retten. Eine Inflation der Verbraucherpreise läßt immer noch auf sich warten. Supermario hat es besser gewußt. Seit Jahren gibt es so gut wie keine Inflation und kaum Zinsen. Wofür sollten die auch sein? Die EZB kann so viel Geld machen, wie gebraucht wird und das auch noch billiger als die Banken.

Inflation hat wohl andere Ursachen als Geldschöpfung durch die EZB. Stattdessen steigen die Preise für Immobilien und Betriebsvermögen. Die Leute bauen ohne Unterlaß Einfamilienhäuser und sorgen so für ihren Ruhestand und für Aufschwung. Die großen Geldbesitzer jammern. Vielleicht arbeiten die bald selbst? Das wäre was Neues.

Nach einigen Jahren ging auch den Kämmerern in der Barnimer Kreisverwaltung und der Eberswalder Stadtverwaltung ein Licht auf. Sie merkten auf einmal, daß das zusammengeklaubte Geld für ihre Altersversorgung immer weniger wird. Das ist zwar schon lange so. Der Werteverfall ihres Geldes verbarg sich hinter der Inflation. Nominal stieg nur der Betrag auf dem Konto. Ohne die Inflation kann es jeder Strohkopf merken, daß Geld nicht arbeitet und keine Zinsen wirft. Jedenfalls nicht für normale Leute. Das wäre auch nicht auszuhalten, wenn das Geld Tag und Nacht arbeitend treppauf und treppab durch die Sparkassen und Banken rennen würde. Schon der Lärm, den das Geld machen würde, widerspräche dem Arbeitsschutz. Und erst der ganze Feinstaub. Igittigitt!

Die Sparkasse nimmt neuerdings Einlagengebühren für die vielen Millionen aus den dubiosen Rücklagen der öffentlichen Haushalte. Irgendwie müssen die fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch bezahlt werden. Statt zu jammern, wollen die Kämmerer das viele Geld schnell ausgeben. Negative Einkünfte aus Kapitalanlagen sind wohl nicht erlaubt. Dank Supermario werden nun Schulen im Landkreis Barnim und Radwege in Eberswalde gebaut. Mehr kann man von einem Oberbanker nicht verlangen.

Dr. MANFRED PFAFF

Schattenseiten des Arbeitsmarktes

Landrat Ihrke (SPD) und die SPD/CDU-Koalition im Landkreis Barnim nutzen jede Gelegenheit, um die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes im Barnim als Erfolg darzustellen. Leider werden dabei die Schattenseiten und die bedrohlichen negativen Entwicklungen für einen großen Teil der Arbeitenden diskret verschwiegen. Das betrifft besonders die drastische Erhöhung der Teilzeitbeschäftigungen, der Leiharbeit und die sachlich nicht begründeten befristeten Arbeitsverträge, die zu Lohndumping, Unsicherheiten und Existenzangst sowie sozialen Ungerechtigkeiten führen.

Bereits 21.000 oder 39 % der Barnimer Beschäftigten sind davon betroffen. Diese skandalösen Tatsachen wurden von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung festgestellt und öffentlich gemacht. Ich vermisse auf diesem wichtigen Gebiet öffentliche und kritische Standpunkte der Opposition und dabei besonders der verantwortlichen Funktionäre und Kreistagsabgeordneten der Linkspartei, bei der es dazu klare zentrale Parteibeschlüsse gibt.

Das könnte sicher dazu beitragen, daß die Partei im Barnim verlorenes Vertrauen bei den Arbeitenden zurückgewinnt. Die ohnehin zweifelhafte kooperative Vereinbarung der Linkspartei mit der SPD/CDU-Koalition kann wohl kaum ein Grund dafür sein, auf eine kritische und konstruktive Haltung in der Kommunalpolitik zu verzichten.

Dr. HELMUT KOCH

Vorläufiges Ende der GaGroKo

CDU Kreistagsfraktion kündigt Grundlagenpapier mit SPD und Die Linke

Am 26.06.2017 teilte die CDU-Kreisfraktion Barnim den Fraktionen von SPD und Linken im Kreistag Barnim via eMail mit, daß das am 17.02.2015 vereinbarte Grundlagenpapier zwischen den Fraktionen Die Linke, SPD und CDU im Kreistag Barnim für die Wahlperiode 2014-2019 einseitig aufgekündigt wird.

Begründet wird dieser Schritt mit einer aus Sicht der CDU in *»letzter Zeit enttäuschenden Zusammenarbeit«*. Besonders der Kreistag am 14.06.17 hätte Zweifel auf Seiten der CDU-Fraktion geschürt. Unter anderem werden das Abstimmungsverhalten der Fraktionen von SPD und Linken zum CDU-Antrag bezüglich des Finowkanales sowie die unterschiedliche Meinung zur Kreisgebietsreform genannt.

Die Fraktion der SPD bedauert den Schritt der CDU und nimmt ihn mit großem Unverständnis zur Kenntnis. Die in der Erklärung gemachten Vorwürfe gegenüber der SPD müssen im Lichte der heraufziehenden Wahlkämpfe betrachtet werden. Sie sind haltlos.

Die SPD-Fraktion hat immer, auch während des letzten Kreistages, die Grundsätze der vereinbarten Zusammenarbeit gewahrt. Die CDU sieht offensichtlich den Passus: *»Der Landkreis unterstützt die Kommunen materiell beim Erhalt des Finowkanals«* als verletzt an. Erst durch die Politik des unionsgeführten Verkehrsministeriums in Berlin sind die Kommunen gezwungen worden, erhebliche Anstrengungen zum Weiterbetrieb dieser einmaligen Wasserstraße zu unternehmen. Es waren gerade die Interventionen von Seiten der SPD, namentlich durch den Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke, die dazu geführt haben, daß sich ein Umdenken auf Ministeriumsebene abzuzeichnen scheint. Hier zunächst die Entscheidungen in Berlin abzuwarten, um danach zukunftsorientierte haushaltspolitische Entscheidungen zu treffen, ist ein Gebot der Vernunft. Die ausdrücklich im Grundsatzpapier getroffene Vereinbarung, wonach es regelmäßig zwischen den Fraktionen Verständigung zu grundsätzlichen Entscheidungen geben soll, ist durch die CDU-Fraktion durch ihr Vorpreschen auf dem letzten Kreistag gründlich mißachtet worden.

Aus Sicht der SPD stellt sich die Frage: Wo hat die CDU versucht, gemeinsame Lösungen zu finden? Es wurde seitens der CDU und der Grünen ein Antrag zum Finowkanal eingebracht, obwohl klar kommuniziert wurde, daß der Antrag zu diesem Zeitpunkt nicht mitgetragen wird. Von der SPD wurde ein Änderungsantrag eingebracht und SPD und Linke begründeten den Antrag in der Debatte sehr fundiert. Unsere Aussagen zur Zukunft des Finowkanals haben Bestand. Auch Landrat Bodo Ihrke hat das während der Sitzung des Kreistages mehrfach und eindringlich betont.

Die Haltung zur Kreisgebietsreform anzuführen, führt in die Irre. Schon vor Inkrafttreten des Grundsatzpapieres war bekannt, daß es hier in den Landesverbänden der Parteien unterschiedliche Auffassungen gibt. Daß sich die Barnimer Parteiorganisationen von SPD und Linken nicht zu Befehlsempfängern ihrer Landesverbände degradieren lassen, haben die Kommunalpolitiker beider Parteien in den letzten Monaten mehrfach bewiesen. In der CDU ist man anscheinend den Rufen aus Potsdam gefolgt und dient nunmehr eher den Wahlkämpfern von Bundes- bzw. Landesunion als den Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis.

Was bedeutet dies nun? Die CDU führt Bundestagswahlkampf zulasten der kommunalpolitischen Zusammenarbeit, sie kündigt den *Barnimer Weg* auf, versucht sich selbst in ein besseres Licht zu rücken und erhebt haltlose Vorwürfe. Wir rufen die Abgeordneten der Union auf, sich ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger im Barnim bewußt zu sein und sich für weitere konstruktive an den Sachthemen orientierten Zusammenarbeit mit uns entscheiden. Die SPD-Fraktion ist dazu bereit.

TORSTEN JERAN, SPD-Fraktionsvorsitzender

Historische Dorfstraße in Klandorf:

Zwei Drittel für den Erhalt

Das Ergebnis der offiziell von der Gemeinde durchgeführten Umfrage liegt vor: Mit einer satten Zweidrittelmehrheit entschieden sich die Klandorferinnen und Klandorfer für die Instandsetzung und den Erhalt ihrer alten Dorfstraße und gegen einen Neubau.

Foto: Lutz Paproth

Mit dieser eindeutigen Willensbekundung für den Erhalt der Klandorfer Dorfstraße ist ein wichtiger Meilenstein im Prozeß der demokratischen Meinungsbildung erreicht.

Dieses neuartige und richtungsweisende Verfahren, eine demokratische Entscheidung herbeizuführen und die Bürger am Entscheidungsprozeß zu beteiligen, wurde auch vom Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung als vorbildlich gewürdigt.

Der nächste Schritt im Prozeß findet am 20.09.2017 statt. Dann wird die Arbeitsgruppe unter der Moderation von Prof. Dr. Jürgen Peters von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde tagen und eine Empfehlung an den Gemeinderat geben.

Die endgültige Entscheidung über Ausbau oder Instandsetzung werden letztlich die Gemeindevertreter fällen. Wann diese entscheiden und welche Rolle die Empfehlung der Arbeitsgruppe sowie das nun zum dritten Mal dokumentierte Votum der Klandorfer spielen werden, ist noch unklar.

Für eine rasche Entscheidung und Umsetzung des Umfrageergebnisses ist nun der politische Wille der Gemeindevertreter gefragt.

Wir erinnern uns an die Worte des Bürgermeisters aus den Anfängen der Debatte, wonach nichts über die Köpfe der Klandorfer hinweg entschieden werde und hoffen, daß nun wieder mehr Ruhe im Dorf einkehren kann. Das wichtigste Ziel der Bürgerinitiative, der Erhalt des einmaligen Ortsbildes in Klandorf, ist in greifbare Nähe gerückt.

SABINE von SCHLIPPENBACH
und STEPHAN ECKEBERG

7. Flußbadetag in Eberswalde

Am Sonntag, dem 20. August, laden von 14 bis 18 Uhr Bündnis 90/Die Grünen wieder zu einem Flußbadetag am Finowkanal in Eberswalde ein. Bereits zum 7. Mal wird der Messingwerkhafen im Ortsteil Finow dann zum Badestrand. Um 15 Uhr findet ein gemeinsamer Sprung, ein *»Big Jump«*, in das ansonsten für das Baden gesperrte Gewässer statt. Vereine und Initiativen werden sich präsentieren und für touristische Angebote rund um den Finowkanal werben. Kinder können Kanu fahren und sich auf dem Spielplatz austoben. Für Musik und das leibliche Wohl wird gesorgt.

In diesem Jahr haben wir das gemeinsame Baden unter das Motto *»Für einen lebendigen Finowkanal«* gestellt. Wir wollen damit unterstreichen, daß es uns neben der Verbesserung der Gewässerqualität, die wir seit Jahren einfordern, auch um die Belebung der historischen Wasserstraße geht. Die Hängepartie um die Zukunft des Kanals muß endlich beendet werden! Nur durch den Erhalt der Schleusen und die Schiffbarkeit kann das große Potential des Kanals für die Entwicklung in der Region voll ausgeschöpft werden. Dafür wollen wir ein Zeichen setzen. Wir freuen uns, daß in diesem Jahr auch unsere Brandenburger Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock an der Veranstaltung teilnehmen wird.

Der Badetag am Finowkanal steht im Zusammenhang mit dem europaweiten Projekt *»Big Jump«*. Im Rahmen dessen wird seit 2005 alljährlich mit einem Flußbadetag für saubere Flüsse geworben und für die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie gekämpft. Der nächste große europaweite *»Big Jump«* findet am 8. Juli 2018 statt.

KAREN OEHLER

Unter 400

Eberswalde (bbp). Der Barnimer Linkspartei gehörten per 31.12.2016 offiziell 393 Mitglieder an, von denen 357 Beitrag zahlten oder von der Beitragszahlung befreit waren. Im Land Brandenburg zählt die Partei insgesamt 6212 Mitglieder, davon 5959 zahlende oder beitragsbefreite.

Staatshaftungsklagewelle

Immer mehr Staatshaftungsklagen auf Rückzahlung der Altanschließerbeiträge haben vor den Landgerichten Erfolg. Nachdem das Landgericht Frankfurt/Oder inzwischen in 5 Fällen den Schadenersatzanspruch zugebilligt hat, sah nun auch das Landgericht Cottbus die Forderung eines Altanschließers, der einen bestandskräftigen Bescheid hatte, als berechtigt an. Schätzungsweise können weitere 70.000 bis 80.000 Haushalte somit auf die Rückerstattung hoffen. In allen Fällen hat das Landgericht auch die außergerichtlichen Anwaltskosten dem Bürger zugesprochen. Was wir seit vielen Monaten vorausgesagt haben und dafür belächelt wurden, tritt nun sukzessive ein.

Damit kommt auf die Abwasserverbände eine Klagewelle zu. Dabei werden die Anwalts- und Gerichtskosten einen zweistelligen Millionenbetrag ausmachen.

BVB/Freie Wähler ermuntert alle Betroffenen, die gegebenen verwaltungsrechtlichen und insbesondere zivilgerichtlichen Möglichkeiten zu nutzen. Wir sind zuversichtlich und erwarten, daß angesichts der drohenden (unnötigen) Zusatzkosten ein politisches Einlenken kommt.

PÉTER VIDA

Profit vor Gesundheit

Die bekannt gewordenen Tatsachen zur Manipulation an Dieselmotoren beweisen, daß kriminelle und konspirative Absprachen zwischen deutschen Autokonzernen mit Wissen der Politik jahrzehntelang geduldet wurden. Die Dieselmotoren und Milliarden Profite der Autoindustrie und nicht die Lungen und Gesundheit der Menschen wurden geschätzt.

Alle CDU/CSU- und SPD-geführten Regierungen und besonders in jüngster Zeit Verkehrsminister Dobrindt (CSU) waren Schutzpatrone eines riesigen Betrugs zu Lasten der Umwelt und der Autokäufer. Mit Recht fordert die Linke seinen Rücktritt. Nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart besteht die berechtigte Sorge, daß dieses Problem durch Schönheitskorrekturen verdeckt und auf ein Abstellgleis geschoben werden soll. Nach soliden Berechnungen würde die vollständige Umrüstung einen Aufwand von 10 Milliarden Euro betragen. Bei gutem Willen wäre das durchaus von der Autoindustrie zu finanzieren, die allein 2016 einen Gewinn von 36 Milliarden erzielt hat.

Dr. HELMUT KOCH

VCD Barnim gegründet

Eberswalde (bbp). Mitglieder des ökologischen Verkehrsclub Deutschland (VCD) haben am 19. Juli in Eberswalde die VCD-Kreisgruppe Barnim gegründet. Zum Sprecher der Kreisgruppe wählten sie Tino Kotte aus Eberswalde. Ziel der Gruppe ist es, *»die ökologische Verkehrswende auch im Landkreis Barnim voranzubringen und sich in der Region für eine umweltgerechte und sozialverträgliche Mobilität einzusetzen«.*

Foto: Albrecht Triller

Mit Engagement für die ökologische Verkehrswende im Landkreis Barnim. Laden ein zum Mitmachen im VCD Barnim: Richard Bloch, Susanne Kruopis, Tino Kotte, Jonathan Metz und Adrian Briesemeister.

Unzureichende Information bei Betriebsstörungen der Bahn, zu hohe Geschwindigkeiten vor Schulen und Kitas und kaputte Rad- und Gehwege – dies und anderes wurde bei der Gründungsveranstaltung diskutiert. Tino Kotte sagt dazu: *»Wir wollen konstruktive Vorschläge für eine umweltfreundliche Mobilität in die politische Debatte einbringen. Dabei setzen wir uns besonders für die Verbesserung des Rad-, Fuß- und Öffentlichen Verkehrs ein.«*

Denn mit attraktiven Rad- und Gehwegen und einem zuverlässigeren Öffentlichen Verkehr sollen mehr Menschen zum Umstieg vom Auto zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln motiviert werden.

Wer an Aktionen und Austausch rund um das Thema nachhaltiger Verkehrsgestaltung im Barnim interessiert ist, ist herzlich eingeladen, sich in der Kreisgruppe zu engagieren. Eine Mitgliedschaft im VCD ist dabei nicht zwingend. Das nächste Treffen wird am 15. September 2017 in Eberswalde stattfinden.

BI »Radwege in Eberswalde«

Eberswalde (bbp). Die im Mai gegründete Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«* unterstützt die Online-Petition zum Rückbau der veränderten Verkehrsführung in der Heegermühler Straße (Seite 1). Mittelfristig müsse auch das Radnutzungskonzept von 2015, insbesondere dessen Leitbild, überarbeitet werden und mehr Geld für Radwege in den Haushalt der Stadt aufgenommen werden. Die BI trifft sich am 18. August, 18 Uhr, im Restaurant »Wilder Eber« zu einer Beratung.

Kontakt: radwege@alternative-eberswalde.de.

B167n – keiner redet mehr drüber

... und mancher wünscht sich, daß es immer so bliebe

Der Bundestagswahlkampf zieht langsam ein in den lokalen Medien und die Herren Zierke und Koeppen strotzen vor Kraft, wenn sie das schnelle Internet im Barnim für uns als Geschenk präsentieren. Aber ist das wirklich unser wichtigstes Problem? Und kann man Politikern, die ungeliebte Kreisreformen durchpeitschen möchten, vertrauen? Oder CDU-Politikern, die der Autoindustrie Geschenke spendieren und den Dieselauto Besitzern den Daumen zeigen?

Nein, ihr Herren Politiker, ihr habt das Vertrauen verspielt. Wer Euch wählt, ist selber schuld. Viel wichtiger ist für die Menschen doch die Frage, was wird nun aus der B167n? Eine Straße oder besser Umgehungsstraße, die außerhalb der Eberswalder Kommunal-Politik keiner braucht?

Und es ist auch nicht besonders schwer zu verstehen, warum in Finow eine dreispurige Fahrbahn auf zwei Spuren verengt werden soll und warum Radstreifen in der Heegermühler Straße neue Gefährdungen hervorrufen.

Das alles hat System! Es muß der Beweis her, daß die B167n unbedingt gebaut werden muß, um die *»elenden«* Verkehrsprobleme in Eberswalde endlich beseitigt zu können. Helden, worauf wartet ihr!

Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Umgehungsstraße immer noch quer über den Campingplatz am Üdersee verläuft und daß eine 3 m hohe Schallschutzwand hinter der sich dann die Camper verstecken sollen, aufgebaut werden muß. Perfider geht es wirklich nicht. Als Bürgermeister von Finowfurt würde ich mich in Grund und Boden schämen, wenn ich so was heute lebenden Erholungssuchenden antun wollte. Aber einem Bürgermeister in Schorfheide ist vermutlich nichts fremd und mit Schallschutzwänden hat er vermutlich gute Erfahrungen. Das Beispiel an der B167 beweist den besonderen Geschmack der Gemeinde. Ästhetik sieht aber anders aus.

Nun hat auch die *»Barnimer Bürgerpost«* schon eine Menge zu dem Unsinn einer solchen Umgehungsstraße geäußert und ich meine in einem Wahlkampfjahr gehören die Probleme der betroffenen Bürger nun mal auch auf den Tisch. Wahlkampfgeschenke brauchen wir nicht. Wir wollen, daß man den Bürger ernst nimmt.

RUDOLF GIEBNER

Kitaplätze fehlen

Eberswalde (bbp). Laut dem *»Gemeinsamen Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplan für den Planungszeitraum 1. August 2017 bis zum 31. Juli 2022«* im Landkreis Barnim wurden in Eberswalde mit Stichtag 1. März 3.190 Kitaplätze benötigt. Zur Verfügung standen 2.872 Plätze, mithin kommen in Eberswalde 318 Kinder nicht in einer Kita unter, fast 10 Prozent des Bedarfs. Ein höheres Defizit an Kitaplätzen gibt es nur noch in Werneuchen (18,6%), Panketal (14,4%) und Wandlitz (10,5%) – alles Gemeinden im sogenannten *»Speckgürtel«*. In Bernau, wo die Bevölkerungszahl seit 1990 stark angestiegen ist, besteht ein Fehlbedarf von knapp 8%.

Fahrradschutzstreifen in der Heegermühler Straße:

Gedanken *zum Verkehrsaudit*

Die Baudezernentin und stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Eberswalde, Frau Anne Fellner, hat sich zum Thema Fahrradschutzstreifen noch einmal zu Wort gemeldet. Warum? Na klar! Der Unmut hält unvermindert an. Die Debatte ist keineswegs *»abgeklungen«*. Gegenüber MOZ hat sie erklärt: *»Deswegen (gemeint ist die angeblich erhöhte, statistisch nachgewiesene Verkehrssicherheit) haben wir uns auch an der Heegermühler Straße für diese Lösung (Fahrradschutzstreifen) entschieden – und nicht etwa, weil wir die Ausgaben für einen von der Straße getrennten Radweg scheuen würden.«*

Wenn es wirklich stimmt, daß sich die Verkehrssicherheit erhöht, wenn Radfahrer direkt im Blickfeld der Autofahrer unterwegs sind, wie das Frau Fellner den Eberswaldern einreden will, dann sollten wir schleunigst alle Radwege abschaffen und zusätzliche Autospuren einrichten, auf denen dann alle mehrspurig fahren dürfen – sowohl Autofahrer als auch Radfahrer. Warum hat eigentlich noch niemand diesen genialen Vorschlag gemacht?

Warum stoßen die sogenannten Schutzstreifen sogar bei Radfahrern kaum auf Gegenliebe? Warum vertrauen sie nicht auf die Statistik? Oder sind Schutzstreifen, nicht nur in Eberswalde und Frankfurt, doch eher ein *»Flop«*?

Ich jedenfalls fühle mich auf einem separaten Fahrradweg viel sicherer als auf einem Schutzstreifen, den viele Autofahrer sowieso ignorieren. Aber mein Sicherheitsgefühl – das Wort sagt es ja schon – ist eben nur ein Gefühl und vielleicht muß ich an der Korrektur dieses Gefühls arbeiten!? Ich werde mal drüber nachdenken und mir dabei überlegen, warum ich überhaupt nach Eberswalde fahren sollte. Weil ich in die Kreisstadt muß? Vielleicht hat sich das Problem ja ganz einfach gelöst, wenn nach der Kreisgebietsreform – wie die Sicherheitsstreifen, will auch die keiner haben – dann das zentraler und für alle verkehrsgünstiger gelegene Angermünde Kreisstadt ist. Diesen Vorschlag sollte der externe Gutachter mal wohlwollend prüfen!

JOHANNES MADEJA

Werner Forßmann, Eberswalder **Ehrenbürger?**

Der junge Arzt Dr. Werner Forßmann hat am Krankenhaus in Eberswalde seinen inzwischen berühmt gewordenen Selbstversuch gemacht. Der gelernte Urologe hat sich einen Katheter in das eigene Herz geschoben. Das geschah ganz heimlich, nur eine Krankenschwester, seine Assistentin, war eingeweiht. Trotzdem ist der gelungene Versuch bekannt geworden. Forßmann wurde dafür von seinen eigenen Kollegen, u.a. von dem berühmten Prof. Sauerbruch, arg gescholten. Danach geriet der Versuch (fast) in Vergessenheit.

Jahrzehnte später wurden zwei Mediziner, Herzspezialisten aus den USA , für den Nobelpreis vorgeschlagen. Sie haben auf die Pioniertat von Forßmann verwiesen und dafür gesorgt, daß er bei der Vergabe des Preises berücksichtigt wird. So wurde schließlich Dr. med. Werner Forßmann Nobelpreisträger.

Derselbe Dr. Forßmann ist in Nazi-Deutschland in die NSDAP und die SA eingetreten. Die Mitgliedschaft in der NSDAP, der Partei des *»Führers«*, war möglicherweise nicht ganz freiwillig, möglicherweise sogar die Voraussetzung für die Ausübung des Arztberufs. Die Mitgliedschaft in der Sturmabteilung des Führers (SA) war mit Sicherheit weniger erzwungen. Es kommt nicht darauf an, ob Forßmann begeistertes Mitglied war. Er war kein Kriegsverbrecher, jedenfalls ist ein französisches Militärgericht zu diesem Urteil gekommen. Es ist unerheblich, welchen Wert dieses Urteil hat: Niemand darf Forßmann einen Kriegsverbrecher nennen. Ist der Mann, allein wegen seiner wissenschaftlichen Leistung und seiner jugendlichen Zivilcourage, nun untadelig? Ist es ihm gelungen, seinen *»Fehltritt«*, NSDAP und SA, durch Haltung und humanitäres Engagement in der Zeit danach vergessen zu machen? Bleibt möglicherweise, trotz (vielleicht?) späteren beispielhaften Auftretens, an dem Mann ein Makel haften? Ist es zulässig, ihn mit anderen Nazi-Größen zu vergleichen oder gar gleichzusetzen? Ist es zulässig, ihm einen *»Persilschein«* auszustellen?

Die wissenschaftliche Leistung von Forßmann ist m.E. auch auf lokaler Ebene angemessen gewürdigt worden. Seine Büste steht im Krankenhaus, das seinen Namen trägt. Muß dem nun eine allgemeine Anerkennung in Form einer posthumen Ehrenbürgerschaft folgen? Ist das ein richtiges Signal zur richtigen Zeit?

Ich möchte hier nicht entscheiden müssen, aber die Stadtverordneten von Eberswalde müssen sich positionieren, auch wenn es schwer fallen sollte. Die Entscheidung nimmt ihnen niemand ab. Sie sollten wissen, wie ein Zeitgenosse von Forßmann, der Wissenschaftler und Hochschullehrer Victor Klemperer, dessen Haltung zweifelsfrei immer untadelig war, über diejenigen dachte, die sich angepaßt haben, um ihre Posten zu behalten: **»Wer als Geisteswissenschaftler diese 12 Jahre im Amt geblieben ist (...) hat geduckt, hat geschwiegen, hat mitgemacht.«**

Wenn ducken, schweigen und mitmachen ausreichende Kriterien für eine Ehrenbürgerschaft der Barnimer Kreisstadt sind, dann wissen wir, warum Dr. Werner Forßmann (vielleicht?) Ehrenbürger von Eberswalde geworden ist. Ich wünsche den Stadtverordneten, daß sie klug entscheiden mögen.

JOHANNES MADEJA

Zur einer Ehrenbürgerschaft gehört mehr

Aufgrund seiner herausragenden wissenschaftlichen Lebensleistungen wurde Werner Forßmann zu Recht mehrfach auszeichnet, u.a. mit dem Nobelpreis für Medizin, dem Bundesverdienstkreuz und einer Ehrendoktorwürde. Nicht zuletzt trägt das Eberswalder Krankenhaus seinen Namen.

Um Ehrenbürger einer Stadt zu werden, und das ist meine Meinung, gehört aber mehr dazu, als *»nur«* wissenschaftliche Glanzleistungen vollbracht zu haben. Zu einer Ehrenbürgerschaft gehört die Ehrenhaftigkeit in allen Bereichen. Für die Beurteilung der Angemessenheit eines solches Vorhabens muß das ganze Leben der auszuzeichnenden Person reflektiert werden. Auch so genannte Jugendsünden, wie Forßmanns Eintritt in der NSDAP (er war damals 28 und bei weitem kein Jugendlicher mehr, sondern ein gestandener Mann, der weiß, was er tut), dürfen dann nicht so einfach unter den Tisch gekehrt werden. Dies wäre endlich mal ein aufrichtiger und glaubwürdiger Beitrag zur deutschen Vergangenheitsbewältigung (ein Unwort, das ich ungern verwende).

Anstelle der Ehrenbürgerschaft kann gerne in Eberswalde eine Straße nach dem großen Mediziner benannt werden.

Dr. ANDREAS STEINER

Fragen im Ausschuß für Soziales, Bildung, Kultur und Sport:

Antoinette und der Wille der Rathausspitze

Wie ist die Aussage zu verstehen, daß es am Ende am Willen der Rathausspitze gefehlt habe, in Eberswalde eine ständige Kunsthalle zu installieren? In welchen Gremien gab es wann und mit welchem Inhalt diesbezügliche Beratungen zu den Möglichkeiten der Unterstützung der Künstlerin bezüglich ihrer inhaltlichen und organisatorischen Vorstellungen? Ist der Kulturbeirat in diesem Zusammenhang offiziell an die Verwaltung herangetreten?

Welche *»vier Anläufe«* betrafen mit welchem Anliegen als Adressaten die Stadtverwaltung?

Wer reagierte mit welchem Inhalt?

Dr. ILONA PISCHEL, Bündnis Eberswalde

Mieterhöhungsstopp gilt

Wenn der Bürgermeister, einziger Gesellschaftsvertreter und Aufsichtsratsvorsitzender der stadteigenen Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG), einen Mieterhöhungsstopp verfügt, dann hat er sich das bestimmt gut überlegt und, kein Zweifel, das gilt!

Wenn der angestellte Geschäftsführer der WHG nun glaubt, seinen Chef öffentlich demontieren zu müssen, dann sind Zweifel berechtigt, ob der Mann noch als Geschäftsführer tragbar ist. Ich, an Stelle des Bürgermeisters, würde mich schleunigst nach einer geeigneteren Person umsehen.

Mieterhöhungen sind nicht zu vermeiden, wenn die unabweisbaren Kosten für Vermietung und Instandhaltung drohen, aus dem Ruder zu laufen. Das ist nachzuweisen! Eine generelle, zwangsläufige Kopplung einer Mietsteigerungsrate an die allgemeine Inflationsrate ist nicht plausibel und schon gar nicht Gesetz, genausowenig wie angeblich notwendige jährliche Mieterhöhungen. Modernisierungsumlagen sind in diesem Sinne keine Mieterhöhungen, genausowenig wie gestiegene Betriebskosten. Nötige Modernisierungen – zumal an anderer Stelle – sind damit kein Argument für allgemeine Mieterhöhungen. Auch Finanzbedarf für Immobiliengeschäfte, die gar nicht zu den Aufgaben einer Wohnungsverwaltung gehören, kann nicht als Argument für Mieterhöhungen herhalten.

Dem Geschäftsführer der WHG ins Stammbuch: Der Mieterhöhungsstopp gilt, jedenfalls so lange Aufsichtsrat und Gesellschafter nichts anderes verfügen!

JOHANNES MADEJA

Kita- und Schulbedarf

Eberswalde (bbp). Die Barnimer Kreistagsabgeordneten machen keine Sommerpause. Im Juli tagten der Bildungs- und der Jugendhilfeausschuß, im August folgt der Haushaltsausschuß. Beraten werden unter anderem die überarbeiteten Pläne zum Kindertagesstättenbedarf und zur Schulentwicklung, die im September vom Kreistag beschlossen werden sollen.

Eine Begleitung und Stellungnahme durch die Eberswalder Stadtverordneten ist hingegen kaum möglich, denn die *»Stadtpolitik«* pausiert seit Ende Juni. Erst in der zweiten Septemberwoche gibt es wieder Ausschußsitzungen. Ob die beiden Pläne dann auf die Tagesordnung kommen, ist noch nicht bekannt.

»Die Kreisverwaltung Barnim«, sagt Carsten Zinn von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, *»nutzt die Sommerpause, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Eine Beteiligung der Gremien in den Städten und Gemeinden ist so gut wie nicht möglich. Selbskritisch muß ich für Eberswalde anmerken, daß die Stadtverordneten sich den 'kommunalen Luxus' erlauben und leisten in den Monaten Juli und August keine offiziellen Ausschußsitzungen durchzuführen.«*

»Peinliche Panne«

Man kann schlechte Politik nicht dadurch besser machen, daß man sie »erklärt«. Genau das aber wollen wohl die rot/rosaroten Koalitionäre der Landesregierung mit ihrem Faltblatt zur Kreisgebietsreform. Entwurf, Druck und Verteilung eines solchen Papiers in alle Haushalte des Landes – das kostet uns Steuerzahler eine Menge Geld. Die Panne mit dem fehlenden Impressum – das ist der i-Punkt auf eine ganz und gar verfehlte Kampagne, der nun noch einmal Geld kostet.

Ist das wirklich nur eine Ordnungswidrigkeit? Die Bürger können erwarten, daß die Verantwortlichen für ihre Schlamperei ganz persönlich zur Kasse gebeten werden.

Aber das ist sehr unwahrscheinlich in einer Regierung, deren Innenminister geltende Gesetze mißachtet und einen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts öffentlich als Fehlurteil bezeichnen darf. Sprichwörter – das ist die komprimierte Weisheit des Volkes! Hier paßt: »Man kann vom Ochsen nichts anderes als Rindfleisch erwarten« und »Der Fisch beginnt vom Kopf her zu stinken«. Dieser Innenminister stinkt den Bürgern des Landes schon lange ganz gewaltig. Ist das Maß immer noch noch nicht voll? Ein Ministerpräsident, der einen solchen Mann, dessen Arroganz scheinbar unbegrenzt ist, weiter im Amt beläßt, macht sich mitschuldig!

JOHANNES MADEJA

Kostenfreie Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Renten-Sprechstunde ist am 13. September von 10 bis 12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz), in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Einladung zum Jugendworkshop:

Jugendhütte für den Club

Eberswalde (prest-ew). Alle interessierten Jugendlichen sind zu einem Workshop am 30. August, um 12 Uhr, in den *»Club am Wald«* eingeladen. Die Sozialarbeiter und das Team von Lantana Projektgemeinschaft Spielräume wollen mit den Jugendlichen eine Jugendhütte für den Club bauen.

»Die genaue Gestaltung der Hütte, also ob sie rund, eckig, spitz oder flach sein wird, ergibt sich im Workshop. Die Jugendlichen haben es dann selbst in der Hand«, so Eberswaldes Jugendkoordinatorin Katrin Forster-König. Jugendliche, die Interesse am Workshop haben und etwa 13, 14 Jahre alt sind, können sich bis zum 24. August 2017 bei den Sozialarbeitern Dietlind Barz und Thomas Lathan vom *»Club am Wald«* unter der Telefonnummer 03334/ 33004 melden. Per E-Mail sind beide unter clubamwald@eberswalde.de erreichbar.

Überschwemmung *in Bernau*

Foto: Péter Vida

Die nach den jüngsten Regenfällen aufgetretenen Überschwemmungen in Bernau sind eine unmittelbare Folge des zunehmenden Versieglungsgrades in der Stadt.

Mangels natürlich gegebener Abflußmöglichkeiten staut sich immer mehr Wasser. Diese Entwicklung wird dabei durch eine Politik, die nahezu grenzenloses Bauen favorisiert, begünstigt. Dieser Entwicklung wird Vorschub geleistet durch Maßnahmen wie die von Bürgermeister Stahl vorangetriebene Senkung der Abstandsflächen in der Innenstadt, die fortwährende Ausweisung neuer Baugebiete und die mangelnde Berücksichtigung ökologischer Aspekte in der städtischen Raumordnung.

Deswegen fordert die Fraktion BVB/Freie Wähler in diesem Bereich von der Stadtverwaltung ein Umdenken und eine Neuausrichtung. Die Neuausweisung von Baugebieten darf nur unter strenger Abwägung mit den mittelfristigen Flächenauswirkungen erfolgen. Regenwasser muß nach Möglichkeit dezentral zwischengespeichert und versickert werden, beispielsweise über Regenwasser-Sickerbecken. Solche Anlagen benötigen Fläche. Entsprechend müssen sie entweder durch die Stadt geschaffen werden oder es sind finanzielle Anreize und entsprechende Anforderungen für Neubauten notwendig. Wird hingegen weiter ausgebaut wie bisher und jeder Regentropfen von Dächern und Straßen sofort in die Kanalisation geleitet, wird diese bei Starkniederschlägen immer häufiger über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus belastet.

Zugleich braucht es endlich eine vernünftige Sanierung der Teiche. Eine Beseitigung des Schlamms im Ententeich ist dringend erforderlich. Selbst nach dem »Durchspülen« durch den kürzlich aufgetretenen Starkniederschlag weist er Farbe und Geruch auf, die klar zeigen, daß der Teich massiv eutrophiert und ökologisch tot ist. Seit Jahren ist dies im Sommer der Dauerzustand. Zudem muß eine saubere und ausreichende Abflußmöglichkeit für den Elysiumteich geschaffen werden, um zukünftig Überschwemmungen zu verhindern. Unsere dahingehenden Forderungen wurden schon vor vielen Jahren erhoben, aber bisher nur belächelt. Sie sind jetzt dringender denn je.

PÉTER VIDA

Kranbausportplatz reaktiviert

Eberswalde (prest-ew). Der ehemalige Kranbausportplatz hielt lange Zeit einen Dornröschenschlaf. Viel war vom Volleyballfeld und dem Fußballplatz nicht mehr übrig geblieben. Die Felder waren verwildert und verwachsen. Geweckt wurde das Areal durch ein Gemeinschaftsprojekt der Stiftung SPI und der Stadt Eberswalde. Eines halbes Jahr wurde gewirbelt und am 31. Mai konnte die neue Freizeitanlage für Jugendliche offiziell eingeweiht werden.

»Wir hatten schon länger die Idee der Reaktivierung und Neugestaltung. Durch den Jugenddialog im vergangenen Jahr wurden wir noch einmal bestätigt. Die Jugendlichen wünschen sich einen Platz, wo sie sich treffen und ohne Vereinsbindung und ohne jemanden zu stören, sportlich aktiv sein können«, so Jugendkoordinatorin Katrin Forster-König. Mit Maren Gumlich und Frank Bestritzki von der Stiftung SPI hatte sie begeisterte Partner an ihrer Seite.

»Jugendliche wollen sich bewegen, auspowern, in Gemeinschaft Trendsportarten ausprobieren. Dafür ist der Platz super geeignet«, so die Sozialarbeiter. Gemeinsam ist mit Unterstützung des städtischen Bauhofes und der bauausführenden Firma Kafi eine Anlage mit Bolzplatz, Naturrampen für Skater-, Scooter- und BMX-Fahrer und ein Beachvolleyballplatz entstanden.

Rund 15.000 Euro hat die Realisierung des Projektes gekostet. *»Allein für die Naturrampen mußten bestimmte Materialen verwendet werden«*, so die Jugendkoordinatorin. *»Toll, daß dieser Platz nun wieder nutzbar ist. Ich glaube, wir haben hier ein wirklich coolen Freizeit- und Erlebnisort für Jugendliche geschaffen, wo keine Lärmbeschwerden zu erwarten sind«*, so Anne Fellner, die stellvertretende Bürgermeisterin mit einem Augenzwinkern. Der neue Platz ist für alle frei zugänglich und nutzbar. Absprachen sind nur mit dem SPI zu führen, wenn beispielsweise Volleyballnetze benötigt werden. Zur Eröffnung gab es neben sportlichen Geschenken auch Vorführungen der Cheerleader *the little phönix* und der neuen Football-Truppe *Rangers*.

Weltfriedenstag – Antikriegstag

Mit dem Überfall auf Polen vor 78 Jahren begann der 2. Weltkrieg

Der 1. September wird von fast allen BRD Bürgern als gewöhnlicher Wochentag eingeordnet. Auch in den meistgelesenen Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen wird deswegen nicht viel Staub aufgewirbelt.

Warum auch, das deutsche Volk lebt doch, so wie die meisten Europäer zurzeit, in Frieden. Der Deutsche genießt den ständig wachsenden Wohlstand und erfreut sich an seinen Lieblingsspielzeugen dem Auto, dem Smartphone, Tablet, Playstation, Riesenfernseher, Grillrost etc. Es wird gezockt und gefeiert bis zur Erschöpfung in der wohlverdienten Freizeit. Ansonsten ist er ausgelastet durch Arbeit, Familie und irgendwelchen Änderungsbescheiden. Kein Platz im Gehirn für Politik. Dabei ist alles Menschliche auch politisch – meinte kürzlich ein mexikanisches Kirchen-Oberhaupt während des Papstbesuches.

Wenn seit circa zwei Jahren nicht diese Flüchtlingswelle übers Land schwappen würde, mal mehr, mal weniger, könnte der deutsche Michel noch zufriedener leben unter den hiesigen kapitalistischen Verhältnissen. Wozu also über Alternativen nachdenken?

Nur wenige Bürger interessieren sich tiefgründiger für politische Zusammenhänge. Einige Uneinige fühlen sich nach links (universal) gezogen, immer mehr jedoch leider nach rechts (national). Die meisten aber schwimmen in der meinungslosen Mitte. Sie haben keinen Bock drauf, über unangenehme Dinge nachzudenken, geschweige denn aktiv zu werden, um diese zu verändern. Kein Bock auf Demokratie.

Blöd daran ist, und das sollte jeder wissen, wenn man den Marionetten der Banken und Großindustriellen, denen, die immer wieder gewählt werden, weil sie *»Wachstum und Wohlstand«* versprechen, wenn man denen vertrauensvoll das Denken überläßt, überläßt man ihnen auch vertrauensvoll das Handeln.

Sind sie gewählt, handeln sie in IHREM Auftrag liebe Wähler/innen. SIE sind also mitverantwortlich für die Billigung und Bewilligung der Kriegsgeräte-Produktion sowie deren Export in Krisenregionen, der Einmischungspolitik, der Beteiligung an Kriegshandlungen unter dem Deckmantel *Verteidigung der Menschenrechte*, der *»westlichen Werte«*, oder der deutschen Grenzen irgendwo in fernen Ländern. SIE sind Mitschuld an dem Tod all der Menschen, die durch deutsche Waffen ums Leben kamen und weiterhin kommen werden, das ist die traurige Wahrheit. Ist Ihnen das eigentlich bewußt, verehrte Stammwählerinnen und -wähler?

Kriege entstehen nicht. Sie werden immer vorbereitet und es geht immer um Rohstoffe für die profitorientierte Großindustrie, sowie der Errichtung von Militärbasen an strategisch wichtigen Orten. Die armen Menschen, die ihre Heimatländer verlassen müssen, weil dort unnachgiebig verwüstet wird, brauchen Hilfe.

Aber reicht es, sie hier willkommen zu heißen? Sollte man nicht genauso engagiert die beteiligten Regierungen auffordern, endgültig damit aufzuhören, ihre Interessen und Konflikte militärisch zu lösen? Es sind nicht UNSERE Interessen und Konflikte.

Laßt uns am 1. September 2017 ab 17 Uhr auf dem Eberswalder Marktplatz gemeinsam, laut und selbstbewußt protestieren gegen die weltweite Kriegspolitik. Laßt uns öffentlich solidarisch sein mit den Leidtragenden und Gesicht zeigen für den Weltfrieden!

ECKHARD LAURICH,
Friedensbündnis Eberswalde

Abschiebemaschinerie läuft weiter

Am 13. Juni wurde wieder ein Mann aus dem Tschad von Lobetal nach Italien abgeschoben. Menschen die noch mit ihm in Kontakt stehen, berichten daß er sich nun ohne Geld und Unterkunft durchschlagen muß. Daß eine Abschiebung nach Italien für die Betroffenen in der Obdachlosigkeit endet, ist den Behörden in Deutschland vollkommen klar, trotzdem findet kein Umdenken statt.

Im Barnim war das in diesem Jahr nun schon die 19. bekannt gewordene Abschiebung. Und weitere Flüchtlinge haben bereits ihre Abschiebetermine genannt bekommen. Wenn wir davon erfahren, versuchen wir, die Abschiebungen zu verhindern. So sollte ein Mann aus Somalia am 29. Juni aus dem Heim in Ützdorf und ein Mann aus Eritrea am 6. Juli aus dem Heim in Bernau-Waldfrieden abgeschoben werden. Beide fanden rechtzeitig Schutz in jeweils einer Barnimer Kirchgemeinde.

Foto: Albrecht Triller

Die Forderung nach einem Abschiebestopp im Landkreis Barnim stand im Mittelpunkt der Demonstration vom 8. Juni.

Initiative Barnim für alle

https://www.change.org/p/barnimer-landrat-bodo-ihrke-schluss-mit-den-abschiebungen-im-barnim?

Ein Wurstbrot lang

Ich esse ein Wurstbrot. Das Fernsehen überträgt eine Szene aus der irakischen Stadt Mossul. Nach einem Kampf liegen blutige Leichen auf dem Straßenpflaster. Ich schalte um.

Ich esse ein Wurstbrot. Der andere Sender zeigt ein Schlauchboot, übervoll mit Menschen in Schwimmwesten. »Ärzte ohne Grenzen« helfen auf dem Meer. Ich schalte um.

Der andere Sender zeigt Kindergesichter mit riesigen Augen: »Safe the Children«. Hungernde Kinder bekommen eine Schutzimpfung: »UNICEF«. Kinder trinken langsam Wasser. Ich schalte um.

Im Mund den letzten Bissen Brot sehe ich ein brennendes Autowrack nach einem Selbstmordattentat eines Lybiers – oder Ägypters? Ich schalte um.

Der Sender berichtet über Abschiebungen von Flüchtlingen. Man holt Kinder aus der Schule, bringt sie direkt zum Flughafen.

Das ist Deutschland. Mein Brot ist alle. Vielleicht kommt es mir wieder hoch.

Dr. WALTRAUD VOIGT

Das würd' nichts kosten

Die hohen Politiker machen sich Sorgen
der Sicherheit wegen
dabei brauchten sie doch
nur die Völkerfreundschaft pflegen
Das Gute würde gar nichts kosten
die Waffen würden langsam rosten

DIE ROTE OMA

Herz der US-Wirtschaft

Es ist nicht neu, was ich weiß über die Arbeiter, die in den Vereinigten Staaten Waffen herstellen. Sie sind nicht wirklich frei, sie leben wie in einem Ghetto und werden überwacht, auch im Urlaub. Sie verdienen viel, aber sie können nicht das machen, was sie mit dem Geld gerne tun würden. Umziehen geht auch nicht, das betrifft ganze Familien. Sie können auch nicht Besuch empfangen, es sei denn, es ist eine überwachte Person. Die Siedlungen sind eher geheim. Das betrifft die Ingenieure, Konstrukteure und alle anderen. Es ist fast so wie in Peenemünde, wo Hitler hoffte, die Geheimwaffe zu entwickeln. Mitarbeiter konnten gelegentlich mal in den Urlaub fahren, aber viele haben die Insel Usedom nie lebend verlassen. Es gibt einen unzugänglichen Teil im Norden der Insel, wo man Skelette fand.

So ist der Krieg zunächst im eigenen Land, sei es Amerika, im dritten Reich oder im heutigen Deutschland. So wird es überall dort sein, wo Kriegswerkzeuge produziert werden.

Das schreckliche Ende der Geschichte sind Kinder, die mit Gewehren rumlaufen und nicht wissen, wozu sie leben. Was sagte Karl Marx im Kapital: Für 300 % Profit wird jedes unmenschliche Verbrechen begangen, selbst auf die Gefahr des Galgens hin.

Dr. WALTRAUD VOIGT

Hinter die Kulissen blicken

Am Mittwoch, dem 23. August, 17 Uhr

im Bistro des Bürgerbildungszentrums
»Amadeu Antonio«
in Eberswalde, Puschkinstraße 13

Diskussionsveranstaltung

mit Oberst a.D. Bernd Biedermann

Thema: Wie gefährlich ist die NATO ?

Sie sind herzlich eingeladen

RotFuchs-Förderverein e.V.
RegionalgruppeEberswalde/Umgebung

Abschiebungen 2017

Eberswalde (bbp). *»Von Januar bis Mai 2017 wurden 36 Verfahren der Abschiebung bzw. Dublin-Überstellung bearbeitet«*, heißt es in einer Antwort der Kreisverwaltung Barnim auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. *»Davon wurde in 11 Verfahren mit 23 Personen die Abschiebung realisiert«*. Dabei wurden 3 Personen aus Albanien und der Russischen Föderation in ihre Heimatländer abgeschoben, während die anderen per *»Dublin-Überstellung«* nach Italien, Frankreich, Polen oder Belgien gebracht wurden. Die 25 Verfahren, die trotz zuweilen mehrfacher Versuche nicht vollzogen werden konnten, betrafen 35 Personen, von denen nur eine abgeschoben werden sollte. Bei allen anderen ging es um Überstellungen ins Erstaufnahmeland. Hinzu kamen im gleichen Zeitraum 14 freiwillige Ausreisen in die Russische Föderation und nach Afghanistan. Jeweils eine Person reisten nach Indien, Iran, Vietnam und in den Tschad aus. In 5 Fällen erfolgte eine Verlängerung der Überstellungsfrist auf Grundlage der Dublin-Verordnung.

Zum Ablauf der Verfahren heißt es in der Antwort: *»Mit der ablehnenden Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zum Asylantrag ergeht gleichzeitig die Abschiebungsanordnung an den Ausländer. Gegen diese Entscheidung besteht die Möglichkeit der Rechtsbehelfseinlegung beim Verwaltungsgericht. Einzelfallprüfungen wurden in 7 Fällen zu laufenden Dublin-Überstellungsverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingeleitet. Hierbei handelt es sich um Verfahren, in denen sich Ausländer unter den Schutz der Kirche stellten und die Kirchengemeinde das Kirchenasyl bestätigte.«* Für solche Fälle gibt es eine Vereinbarung zwischen dem Bundesamt und den Kirchen. *»In 2 Fällen folgte das Bundesamt nicht der Argumentation der Kirche hinsichtlich einer besonderen, individuellen Härte. Zu den verbleibenden Fällen steht eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge noch aus.«*

Zwischen 1. Juni 2016 und 31. Mai 2017 wurden im Landkreis Barnim insgesamt 33 Personen eingebürgert und erhielten somit die deutsche Staatsangehörigkeit.

Andere Opfer der Kriegspolitik

Psychische und gesundheitliche Probleme ehemaliger Bundeswehrsoldaten

Am 25. Juli traf sich Thomas Dyhr, der im Wahlkreis 57 (Uckermark/Barnim I) für Bündnis 90/Die Grünen das Bundestagsmandat holen will, mit dem Vorstand des Bundes Deutscher Einsatzveteranen e.V. zu einem Gespräch.

Der Bund Deutscher Einsatzveteranen e.V. unterscheidet sich von vergleichbaren Organisationen durch seine ausschließlich soziale Ausrichtung als Hilfsorganisation für ehemalige Bundeswehrsoldaten mit psychischen und gesundheitlichen Problemen. Dabei grenzt sich der Verband scharf ab von rechten bzw. verfassungswidrigen Tendenzen.

Während Berufs- und aktive Soldaten eine gute medizinische Betreuung genießen, ist die Bundeswehr für ausgeschiedene Soldaten – insbesondere Zeitsoldaten – nicht mehr zuständig. Posttraumatische Belastungsstörungen als Folge traumatischer Einsatzerlebnisse können aber auch Jahre nach dem auslösenden Ereignis und nach dem Ausscheiden aus dem Dienst auftreten. Damit geraten die Betroffenen in die Beweispflicht, was immer schwieriger wird, je länger der Zeitraum zwischen dem Ereignis und der Diagnose liegt.

Diese psychischen Erkrankungen wirken bei den betreffenden Personen und in deren Familien nicht weniger einschneidend als körperliche Versehrungen und können zum Zerbrechen von Familien, zur Arbeitsunfähigkeit, Alkoholismus und sozialer Verwahrlosung führen.

»Die geschilderten Beispiele waren eindrucksvoll und belegten den Leidensdruck, unter dem die Betroffenen und deren Familien stehen.«, berichtet Thomas Dyhr nach dem Gespräch. *»Besonders die Kinder leiden in einer solchen familiären Situation unendlich und benötigen Beistand, weil die Sicherheit und Geborgenheit der Familie, welche sie für ihre gesunde Entwicklung brauchen, einschneidend beeinträchtigt sind.«*

Der gefährdete Personenkreis umfaßt ca. 10.000 ehemalige Einsatzsoldatinnen und Soldaten jährlich. Deutliche Verbesserungen der Situation verspricht das neue *»Konzept zur Betreuung von ehemaligen Angehörigen der Bundeswehr, die unter Einsatzfolgen leiden«* des Bundesministeriums der Verteidigung. Allerdings müssen Dieser Erlaß muß allerdings noch mit Leben erfüllt werden, weil die darin geforderten Strukturen erst aufgebaut werden müssen.

Der Veteranenverband arbeitet bis auf einen geringfügig Beschäftigten im Hauptstadtbüro ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis. Alle vorhandenen finanziellen Mittel aus Mitgliedsbeiträgen und Zuwendungen fließen in die Hilfeleistung. Die Mitgliedschaft ist keine Voraussetzung für den Empfang von Hilfen. Rund 1.000 Aktive einschließlich Familienangehörige wirken mit, darunter bundesweit 40 ehrenamtliche Fallmanager. Fallmanager koordinieren die verschiedenen professionellen Hilfsangebote und entlasten die Betroffenen. In Brandenburg gibt es derzeit noch keine Fallmanager. Besondere Qualifikationen benötigen sie nicht, sondern vor allem Empathie und die Bereitschaft, sich einzubringen.

Breiten Raum im Gespräch nahm die Klage über mangelnde Wertschätzung der Politik und Gesellschaft für die Soldatinnen und Soldaten und ihre Leistungen ein. *»Hierzu Abhilfe zu schaffen, ist in unserer Gesellschaft sicherlich das dickste Brett, das zu bohren ist. Gesellschaftlichen Respekt und Wertschätzung kann man nicht erzwingen. Sie muß wachsen«*, kommentierte Thomas Dyhr dieses nachvollziehbare Anliegen.

»Krieg, Gewalt und Tod sind Dinge, womit sich unsere Gesellschaft nach zwei verlorenen Weltkriegen nach wie vor schwer tut. Krieg, Gewalt und Tod sind aber Teile der Lebensrealität, vor der man sich als politisch denkender Mensch nicht drücken darf.« Mangelnde gesellschaftliche Anerkennung für die Soldatinnen und Soldaten, so Dyhr weiter, sei geeignet, eine gegen die Gesellschaft gerichtete *»Wir-gegen-die-Haltung«* in der Truppe zu erzeugen. *»Das ist eine Haltung, die sich ihre Anerkennung innerhalb der Truppe holt und sich von gesellschaftlicher Anerkennung immunisiert. Eine solche Haltung tut einer Parlamentsarmee in einem demokratischen Staat nicht gut.«*

Einen denkbaren Lösungsweg, das erkennbar werdende Spannungsfeld aufzulösen und eine Debatte über Wertschätzung zu ermöglichen, sieht der bündnisgrüne Kandidat in einer Entkoppelung der Diskussion. Die Pole Krieg und Gewalt auf der einen Seite und das Thema Soldat als Mensch und Teil der Gesellschaft und seiner Familie auf der anderen Seite gehören nicht zwingend zusammen. Diese Themen können durchaus separat betrachtet werden.

»Es geht bei einer Debatte über Wertschätzung absolut nicht darum, Soldatinnen und Soldaten und ihr Tun zu glorifizieren. Es geht darum, sie aus einer selbst so gefühlten gesellschaftlichen 'Igitt-Ecke' zu holen, wo sie als Mensch sicherlich nicht hingehören. Ein Dankeschön kostet nichts, ist aber kostbar.«

ULRIKE HARSCH

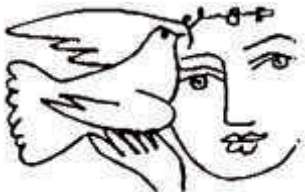
Frieden in Ost-Europa

Am Sonnabend, dem 19. August, um 10 Uhr lädt die Bernauer LINKE in den Treff 23, (Breitscheidstraße 43a) zu ihrer traditionellen Veranstaltung *»Draufsichten, Einsichten, Ansichten«* ein. Hier können unsere Gäste mit der Bundestagskandidatin Kerstin Kühn und dem Mitglied des Europaparlamentes der Linken Helmut Scholz über Zustand, Gefahr und Auswege aus der derzeitigen Krise der EU und der Rolle der osteuropäischen Länder diskutieren.

THOMAS SOHN

Friedenspolitische Forderungen

zum Weltfriedenstag 2017 in Eberswalde



Wir, die Aufrufer zur Kundgebung am Weltfriedenstag auf dem Eberswalder Marktplatz, erheben in Anlehnung an die analogen Forderungen des Bundesausschusses Friedensratschlag folgende Forderungen:

Kriege stoppen und Konflikte entschärfen

Militärische Drohungen gegen Rußland beenden – Abrüsten!

Wir fordern ein Ende der Konfrontationspolitik gegen Rußland und den Stopp neuer Waffenprogramme wie z.B. des Raketenabwehrsystems sowie Verhandlungen über atomare und konventionelle Abrüstung mit Rußland. Frieden in Europa kann es nur mit und nicht gegen Rußland geben.

Atomwaffen abschaffen!

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für ein weltweites vertragliches Verbot von Atomwaffen einzusetzen und den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen anzuordnen. Übungsflüge der Bundeswehr-Tornados zum Atombombeneinsatz sind zu unterlassen.

Den Flächenbrand im Nahen Osten stoppen!

Wir fordern die Bundesregierung auf, Verhandlungslösungen mit allen Konfliktbeteiligten anstelle militärischer Interventionen zu unterstützen und die Bundeswehr aus der Türkei abzuziehen. Die Wirtschaftssanktionen gegen Syrien müssen beendet werden.

Keine Kumpanei mit Erdogan!

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Ausfuhr von Rüstungsgütern in das NATO-Land Türkei unverzüglich zu stoppen und keine neuen zu genehmigen.

Die Duldung der israelischen Besatzungs- und Außenpolitik beenden!

Wir fordern die Bundesregierung auf, von Israel den Stopp der Siedlungspolitik, den gesicherten Zugang zum Gazastreifen und die Aufhebung der Wirtschaftsblockade zu verlangen.

Gegen wirtschaftliche Dominanz und Erpressung mit »Freihandel«!

Wir fordern: Die TTIP und TISA-Verhandlungen sind zu stoppen. Das bereits ausgehandelte CETA-Abkommen darf nicht in Kraft treten.

Deutsche Beteiligung an weltweiten Kriegen beenden

Keine Interventionsarmee – Bundeswehr abrüsten! – NATO auflösen!

Wir fordern, die Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Transformation der Bundeswehr in eine *»Armee im Einsatz«* zu beenden, sowie Bewaffnungs- und Ausrüstungsprogramme zur Herstellung weltweiter Interventionsfähigkeit zu stoppen.

Wir fordern die drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer Abschaffung. Unser Ziel ist die Auflösung der NATO.

Die EU entmilitarisieren!

Wir fordern, die EU auf eine strikt zivile, friedenssichernde Außenpolitik und zum Rückzug ihres Militärs aus allen Einsätzen zu verpflichten.

Konversion der Rüstungsindustrie statt Rüstungsexporte!

Wir fordern das gesetzliche Verbot von Waffenexporten. Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produkte (Konversion) muß gefördert werden.

Keine Kampfdrohnen und Kriegsroboter!

Wir fordern, Kampfdrohnen weltweit zu ächten. Die zentrale US-Drohnen-Relaisstation in Ramstein ist zu schließen.

Deutsche Innenpolitik zum Frieden verpflichten. Kein Bundeswehreinsatz im Innern!

Wir fordern, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren generell zu verbieten, und eine auf dem Grundgesetz und der Verfassung basierende Polizeiarbeit, ausgerichtet auf Deeskalation und Verständigung innerhalb der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Gegen die Militarisierung von Bildungswesen und Gesellschaft!

Wir fordern, die Kooperationsverträge Bundeswehr-Schule auf Länderebene aufzuheben. Dagegen sind Friedenserziehung und -forschung zu fördern. Jeglicher öffentlichen Werbung für Bundeswehr und Kriegsdienst ist entgegenzutreten.

Für Solidarität mit MigrantInnen und eine humane Flüchtlingspolitik!

Wir fordern die Respektierung der Menschenrechte Geflüchteter. Nicht Flüchtlinge bekämpfen, sondern Fluchtursachen. Eine von Solidarität getragene Wirtschafts-, Handels-, Außen- und Entwicklungspolitik muß die Grundlagen dafür schaffen, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in der »Dritten Welt« verbessert werden.

Nazis verbieten! Faschistische Ideologie bekämpfen!

Wir fordern, Neonazi-Aktivitäten zu unterbinden und die Rolle des Verfassungsschutzes – auch bei früheren Terroranschlägen – lückenlos aufzuklären.

Bündnis für den Frieden Eberswalde

Rote Karte für Kriegshetzer

Am 24. September wird der Bundestag neu gewählt. In bewegender und kämpferischer Atmosphäre setzten sich Ende Mai die Genossen, Freunde und Sympathisanten der Eberswalder Linken, aber auch Andersdenkende mit Fragen auseinander, die ihrer Meinung nach den Bundestagswahlkampf bestimmen werden.

Dazu gehört nicht zuletzt die Verantwortlichkeit von CDU/CSU und SPD für die enorme Steigerung der Militärausgaben, die Mitwirkung an einer spürbar höheren Aggressivität der NATO, ihrem Streben nach Osten und der Teilnahme der BRD an mehrere von den USA oder anderen NATO-Mächten geführte Kriege.

Viele Diskussionsredner wiesen auf die immer stärker werdende Kriegsgefahr in der Welt hin, insbesondere auf die Ausrichtung der NATO in Richtung Osten.

In dem Buch *»NATO-Aufmarsch gegen Rußland«* sind die unterschiedlichsten NATO-Strategien, Interventionen, Ziele der Expansion und Kollisionen dargestellt worden.

Der Zerfall der Sowjetunion und seine weltweiten Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis war ein wichtiges Gesprächsthema. Erinnert wurde an den Krieg in Jugoslawien und die aktive Mitwirkung der Bundeswehr. Noch heute spüren wir die Auswirkungen dieses Kriegs und der anderen Militäreinsätze in über zwanzig Ländern der Welt. Folgen im gesellschaftlichen Leben in der BRD sind zunehmend Not, Armut und ein verbreiteter Bildungsnotstand.

Die Teilnehmer der Veranstaltung brachten keinerlei Verständnis dafür auf, daß das US-Militär mit kampfbereiten Verbänden durch Brandenburg fuhr, um an der russischen Grenze stationiert zu werden. Und auch deutsche Truppen stehen – mehr als 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – wieder vor der russischen Grenze.

Wollten wir uns nicht gegen Lärm, zerstörte Straßen, Verschwendung von Steuermitteln wehren, jedoch für Frieden mit Rußland eintreten? Haben wir die Millionen sowjetischen Toten des Zweiten Weltkriegs vergessen? Das *»Wofür«?*

Unsere Aufgabe bis zur Bundestagswahl muß es daher sein, allen Wählern den gefährdeten Frieden aufzuzeigen und sie zur erhöhten Wachsamkeit für den Friedenzu mobilisieren. Zeigen wir den Kriegshetzern die *»Rote Karte«*!

KARL DIETRICH

Könnt' ich zaubern

Könnt' ich zaubern,
Ich tät's ohne zaudern!
Die Reichen,
Die mit ihrem Reichtum
Ständig protzen,
Müßten ununterbrochen kotzen.
Es ist schade,
Daß ich nicht zaubern kann.

DIE ROTE OMA

Eberswalder Panzergrenadiere auf dem Weg zum Kaukasus (Teil 1):

Kämpfen, töten und sterben am stillen Don

Vor 75 Jahren: Überfall auf die Sowjetunion. Die Eberswalder Schützen waren dabei

Seit dem 22. Juni 1941 marschierten die Schützen und Artilleristen der drei in Eberswalde stationierten Regimenter der 3. Panzerdivision (Schützenregimenter 3 und 394 sowie das Artillerieregiment 75) an der vordersten Front gen Osten. Doch die geplante Eroberung Moskaus scheiterte. Im Dezember 1941 erlitten die Eberswalder vor Tula ihre erste verheerende Niederlage.[1]

Von Januar bis März 1942 agierte die 3. Panzerdivision mit einzelnen verstreuten Kampfgruppen, im Raum Orjol und Kursk, die immer wieder als *»Feuerwehr«* gegen durchbrechende sowjetische Truppen eingesetzt wurden. Die Hauptlast trugen meist die Reste der beiden Schützenregimenter, die kaum noch über motorisierte Transportmittel verfügten. Zuletzt hatten diese Kampfgruppen oft nur noch Bataillons- oder Kompaniestärke und wurden mit Einheiten anderer Divisionen zusammengewürfelt. Die Reste an Motorisierung in der Division, einschließlich der verbliebenen 10 bis 12 Panzer, wurden Ende Februar als verstärktes Bataillon beim Schützenregiment 394 zusammengefaßt und nach Charkow verlegt. Die Abwehrkämpfe sind schwer, die Todeslisten lang. Ende März 1942 war die 3. Panzerdivision angesichts der schweren Verluste *»nicht mehr als schlagkräftiger Großverband anzusehen«*.[2]

Seit März wurden die einzelnen Kampfgruppen aus der Front herausgelöst und als Reserve der 6. Armee unter dem späteren Generalfeldmarschall Paulus in Charkow zusammengezogen. Hier erhielt die 3. Panzerdivision von April bis Juni umfangreichen Nachschub an Mannschaften und Material. Insgesamt 600 Fahrzeuge werden nach Prag zur Reparatur geschickt. Das Panzerregiment 6 bekam neue Panzer vom Typ PIII und PIV und verfügte Ende Juni wieder über rund 180 Panzer. Neue Bewaffnung erhielt auch das I. Bataillon des Schützenregiments 3. Mit seinen 46 Schützenpanzerwagen (SPW) konnte die Truppe nun auch in unwegsamen Gelände den Panzern folgen. Die Schützen wurden daher Anfang Juli in Panzergrenadiere umbenannt.[3]

Im Mai rückten Teile der Division, darunter zwei Bataillone des Schützenregiments 394, das SPW-Bataillon des Schützenregiments 3 und eine Abteilung des Artillerieregiments 75, nordöstlich und südlich von Charkow aus, um die sowjetische Frühjahrsoffensive abzuwehren. Ein letztes Mal gelang es den faschistischen Truppen, eine größere sowjetische Gruppierung einzuschließen. Nur einem Teil gelang der Ausbruch aus dem Kessel.[4]

Das verbesserte die Ausgangslage für die geplante große Sommeroffensive der deutschen Wehrmacht, die Operation *»Blau«* mit den Zielen Stalingrad und Kaukasus.[5] Die inzwischen voll aufgefüllte 3. Panzerdivision nahm daran teil; erstmals seit einem halben Jahr wieder als eigenständiger Verband. Ende Juni bezog sie mit dem XXXX. Panzerkorps der 6. Armee, zu dem außerdem die 23. Panzer- und die 29. Infanteriedivision (mot.) gehören, die Bereitstellungsräume bei Woltschansk.

Foto: unbekannt (aus »Geschichte der 3. Panzerdivision«)

»Heldengräber« in fremder Erde.

Am 30. Juni begann der Angriff gegen hartnäckigen Widerstand – so hatte die 23. Panzerdivision nach schweren Verlusten am 1. Juli nur noch 35 Panzer. Es waren die Eberswalder Panzergrenadiere vom Regiment 3, denen es gelang, am Ostufer des Oskol bei Koslowka einen Brückenkopf zu bilden. Der diente ab dem 3. Juli dann dem XXXX. Panzerkorps als Ausgangspunkt für den weiteren Angriff nach Norden, den Divisionen der 4. Panzerarmee entgegen. Die sowjetischen Truppen gerieten in eine schwierige Lage. Aber diesmal mißlingt die geplante Einkesselung. Die Hauptkräfte zogen sich unter schweren Kämpfen zurück. Teile der Südwestfront gingen hinter den Don zurück, während sich die übrigen Armeen der Südwestfront und die Südfront nach Süden in Richtung Rostow zurückzogen. Dazwischen entstand eine breite Lücke, welche die deutschen Panzer für den weiteren Vormarsch nutzen. Erst im Donbogen stoßen die auf Stalingrad vordringenden Teile der 6. Armee auf die Reservearmeen der neuen Stalingrader Front, die dort die entfernten Zugänge nach Stalingrad verteidigen.[6]

Die 3. Panzerdivision marschierte nach Süden. Am 6. Juli eroberte die Division Kamenka, 20 Kilometer westlich des Don. Noch in der Nacht zum 7. Juli nehmen die SPW-Bataillone der Panzergrenadierregimenter 60 Kilometer südlich im Handstreich die Brücken über die Kalitwa bei Rossosch. Das Vormarschtempo wird auch in den folgenden Tagen gehalten. Widerstandsnester werden umgangen. Im rückwärtigen Raum der Division unterbrechen immer wieder zurückgehende Sowjettruppen die Verbindungen. Nachschubkolonnen fahren deshalb nur noch im Konvoi. Während die 6. Armee die Richtung Stalingrad einschlägt, wird das XXXX. Panzerkorps mit den Eberswalder Regimentern am 11. Juli der 1. Panzerarmee unterstellt. Mitte Juli erreichten die Spitzen der 3. Panzerdivision den Donez, tief im Rücken der sowjetischen Südfront. Bei Millerowo trafen am 15. Juli von Westen her die Spitzen der 14. und 22. Panzerdivision ein.

Die umgangenen Truppenteile der 9. und 38. sowjetischen Armee zogen sich im rückwärtigen Bereich der 3. Panzerdivision nach Südosten zurück, denn eine durchgehende Einschließungsfront gab es nicht. Aber ebenso fehlte auf der anderen Seite eine durchgehende Verteidigungsfront. Das nutzen die deutschen Panzerverbände aus, deren Vormarsch nur Betriebsstoffmangel zeitweise aufhalten konnte. Schon am 20. Juli eroberte das Kradschützenbataillon 23 im Handstreich den Donübergang bei Nikolajewskaja, etwa 130 Kilometer östlich von Rostow. Vom 22. bis 25. Juli setzte dort als erster Großverband die 3. Panzerdivision über den Don. Nun begann für die Eberswalder der Marsch in den Kaukasus.[7]

G.M.

1 – Siehe »*Der gescheiterte Blitzkrieg*«, Teil 1 in BBP 7/2016, Teil 2 in BBP 8/2016, Teil 3 in BBP 10/2016 und Teil 4 in BBP 12/2016.
2 – Geschichte der 3. Panzer-Division, Verlag der Buchhandlung Günter Richter, Berlin 1967
3 – http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Panzerdivisionen/3PD-R.htm
4 – I.Ch. Bagramjan: So schritten wir zum Sieg, Militärverlag der DDR, Berlin 1984
5 – A.M. Wassilewski: Sache des ganzen Lebens, Militärverlag der DDR, Berlin 1977
6 – Geschichte des zweiten Weltkriegs, Band 5, Militärverlag der DDR, Berlin 1978, Aus dem Russischen (Originalausgabe Moskau 1975)
7 – Geschichte der 3. Panzer-Division

Grünflächenpflege und Insektenschutz

Die Bernauer Grünen werden das Thema extensive Grünflächenpflege im Stadtgebiet zielgerichtet weiterverfolgen. Das Thema ist zu wichtig, um gleich aufzugeben. Wir werden gemeinsam mit den anderen Stadtverordneten nach einem tragfähigen Kompromiß suchen.

Blühende Grünflächen machen eine Stadt bunter, lebendiger und attraktiver. Werden Rasenflächen erst relativ spät im Jahr das erste Mal gemäht, siedeln sich schnell Wildkräuter und Wildblumen an und entwickeln sich bis zum Blühen und zur Samenreife. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, können zusätzlich ein paar Wildblumensamen ausgestreut werden.

Blühende Gräser und Wildblumen wirken keineswegs ungepflegt, im Gegenteil. Sie bieten einen schönen Anblick und verbreiten Sommerdüfte. Auf solchen Wiesenflächen tummeln sich Schmetterlinge, Heuschrecken, Käfer, Bienen und Hummeln. Die Flächen haben einen sehr hohen ökologischen Wert und bieten gleichzeitig Nahrung für unsere Singvögel. Mit solcherart Straßenbegleitgrün lassen sich auch ökologische Inseln gut vernetzen. Natürlich ist eine Mahd erst nach dem 30. Juni nicht für jede Fläche sinnvoll. In Parks sind aus gestalterischen Gründen sowie als Spiel- und Liegeflächen auch kurzrasige Bereiche gefragt. Und auch mancher Straßenrandstreifen kann und muß schon vorher gemäht werden. Es geht nicht um ein *»Mahdverbot«*, sondern um ein Konzept, daß für jeden Bereich ein passendes Pflegeregime vorsieht. Denkbar sind eine viermalige, dreimalige oder eben nur zweimalige Mahd pro Jahr. Auch mit den Mahdterminen könnte je nach Witterung und Wuchs flexibel umgegangen werden.

Ein extensive Grünflächenpflege wird inzwischen in vielen Orten und Städten praktiziert. Sie hilft unserer bedrohten Insektenwelt und spart zudem eine Menge Geld für den Stadthaushalt. Bündnis 90/Die Grünen in Bernau möchten erreichen, daß neben den öffentlichen auch viele private Grünflächen insektenfreundlich bewirtschaftet werden.

THOMAS DYHR

Gleichbehandlung für alle!

Seit 2013 setzen sich die Bürgerinitiative Wasser-Abwasser im Gebiet des WAV *»Panke/Finow«* und das daraus hervorgegangene Bündnis für Bernau für die Rückzahlung der unrechtmäßig geforderten Beiträge für zentrale öffentliche Abwasseranlagen ein.

Im Ergebnis von 128 Dienstagsdemonstrationen auf dem Bernauer Marktplatz, durch Anträge des Bündnisses für Bernau (BfB) an die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bernau, durch ständiges Auftreten in den Verbandsversammlungen des WAV mit konstruktiven Anfragen und Forderungen sowie in Gesprächen mit dem Verbandsvorsitzenden, Herrn Nicodem, und mit dem Bürgermeister, Herrn Stahl, ist wichtigen Forderungen für die Bürger im Bereich unseres WAV Rechnung getragen worden. Die Rückzahlung der Beitragsforderungen wurde kompromißlos für alle Altanschließer zugesagt und zum großen Teil bereits auch vollzogen.

Bei diesem Stand ergaben sich selbstverständlich große Ängste und Empörung, als vor kurzem einigen Altanschließern im Ortsteil Schönow plötzlich mit Widerspruchsbescheiden des WAV *»Panke/Finow«* erklärt wurde, daß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11. 2015 auf ihren *»streitgegenständlichen Beitragsbescheid keinen Einfluß«* habe. Begründet wurde das damit, daß Schönow bis zum 01.01.2007 dem Verband Panketal angeschlossen war und damit der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts für die Schönower Beitragszahler nicht gelte.

Diese *»Begründung«* erinnert – allein schon mit der Wortwahl – fatal daran, wie Juristen vor einigen Jahren zur Rechtfertigung von Beitragserhebungen von sogenannten Altanschließern die Konstruktion erfunden hatten, es sei erst seit der Wiedervereinigung *»erstmals ein rechtlich gesicherter Anschluß vorhanden«*. Dafür müsse bezahlt werden. Für die Schönower sei nun aber nicht erst seit der Wende, sondern gar erst seit dem 01.01.2007 *»die rechtlich gesicherte Anschlußmöglichkeit«* an die Einrichtung des WAV *»Panke/Finow«* geschaffen worden. Folglich – kein Geld zurück für sie. Dazu die *»Rechtsmittelbelehrung«*: Möglichkeit einer Klage beim Verwaltungsgericht.

Nachdem sich einige der betroffenen Bürger Schönows an uns gewandt hatten, sprachen Vertreter des BfB und der Bürgerinitiative sowie einer der betroffenen Schönower Bürger mit dem Bürgermeister bzw. dem Verbandsvorsitzenden. Dabei wurde die Problematik geklärt und nochmals eindeutig erklärt, daß alle Altanschließer die von ihnen gezahlten Beiträge zurückbekommen.

Allerdings ist damit noch immer offen, was wir entsprechend dem grundgesetzlichen Gleichbehandlungsgrundsatz als weitere unabdingbare Aufgabenstellung für 2017 erklärt haben: Keine ungerechtfertigten neuen Beitragsforderungen für diejenigen, die als bisher *»Dezentrale«* schon immer beträchtlich am Ausbau und Erhalt des Gesamtsystems beteiligt sind; Umstellung auf die Gebührenzahlung, die bei Gleichbehandlung aller Kunden zu sozialem Frieden beiträgt und ein ökologisch bewußtes Handeln stimuliert; Transparenz bei den Entscheidungen des WAV *»Panke/Finow«* und eine von gegenseitiger Achtung geprägte Zusammenarbeit mit seinen Kunden.

CHRISTEL SIMON,
BI im Gebiet des WAV »Panke/Finow«
AXEL KLATT, BfB

Fluglärm über Bernau

In Berlin stimmen die Bürger am Tag der Bundestagswahl zugleich auch zur Offenhaltung von TXL Tegel ab. Betroffen vom Fluglärm sind aber nicht nur Berliner.

Wann endlich hört es wohl auf, daß die Flugzeuge allabendlich über Bernau ihre Landeschleifen in der Warteschlange des späten Abends kreisen? Ausgerechnet ab 22 Uhr kommen alle Maschinen den Himmel entlang, die in Tegel über Nacht bleiben, nicht vorher, denn ab 22 Uhr ist Nachflugverbot, was heißt: Startverbot. Das hat auch meine Nachbarin so beobachtet. Ich kann es eigentlich kaum noch hören und habe auch einen Angehörigen, der wegen dieser typischen Berliner Bummel-Landerei schon längst viele Jahre leidet.

Der BUND Berlin hat nun eine Kampagne gestartet (*www.bund-berlin.de/Tegel*). Fortwährende Lärmbelästigung verursacht, einmal über ein Maß hinausgewachsen, Depressionen. Das verzweifelte Leiden nennt sich Misophonie. Selbst die Forschung hat sich nun auf dieses Flugfeld begeben und will es wissen. Genau jetzt sucht ein Wissenschaftler Leute, die an seiner Studie zur Lärmbelästigung teilnehmen wollen. Nico Remmert ist Psychologe und forscht derzeit an der Freien Universität Berlin zum Thema Misophonie (http://misophonie-aktuell.de/studie-zum-thema-misophonie-teilnehmer-gesucht/).

THOMAS TOBLER

Barnimer Bürgerpost **abonnieren!**
www.barnimer-buergerpost.de

18 Jahre VAB

Die Virtuelle Allgemeinbibliothek, kurz VAB, ist eine kommentierte Linksammlung mit 5.000 Dokumenten, die Diplombibliothekarin Ingrid Strauch am 22.08.1999 begann. Mit anderen Worten: Die VAB ist eine fachlich und privat betreute virtuelle OPL (one person library).

Gesammelt werden Links zu digitalen Veröffentlichungen (Texte, Textsammlungen, Datenbanken und Verzeichnisse), bei denen sie von einer längerfristigen Nachfrage ausgeht. Die Links werden zusammen mit einem Abstract in eine Systematik eingebaut und mit Schlagwort-, Autoren- und Institutionenregister inhaltlich erschlossen. Als interne Suchmaschine nutzt die VAB die Google custom search engine (Google CSE). Sehenswert ist die VAB-photothek mit eigenen Fotos.

Ingrid Strauch kann in die VAB ihre Erfahrungen mit der Datenbank DOBI einbringen, die sie bis zum Jahr 2000 beim DBI in Berlin betreute. Die VAB ist seit 2011 auch im Web 2.0 und den Sozialen Netzwerken (Facebook, Twitter und Google+) aktiv. Seit 2015 mit einem eigenen Blog (www.virtuelleallgemeinbibliothek.de).

KARL DIETZ

Wir sind »Spitze«

Um zu erfahren, daß es bei den Kosten für Abwasser in Deutschland drastische Unterschiede gibt, brauchten wir keine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (*»Drastische Unterschiede«*, MOZ vom 29.06.17). Für die Eberswalder hätte ein Blick nach Berlin gereicht, um festzustellen, daß die Kosten in Eberswalde einsame Spitze sind. Zunächst ist zu bemerken, daß ein belastungsfähiger Vergleich die Summe aller Kosten für Trink- und Abwasser enthalten sollte. Leider wurden in der Studie nicht alle Kosten angesetzt.

Laut Studie nimmt Potsdam von 100 Städten in Deutschland mit den höchsten Kosten den Spitzenplatz Nr. 100 ein. Das kann zutreffen, muß aber nicht! Wahrscheinlich ist Eberswalde wegen seiner Größe, besser wohl Kleinheit und Bedeutungslosigkeit, aus dem Vergleich der 100 Städte herausgefallen. Die 178 m³ Abwasser der Musterfamilie kosten in Potsdam 911,23 Euro. Cottbus kommt mit 839 Euro auf Platz 99. In Eberswalde sind für die gleiche Menge nach eigener Rechnung auf Basis der aktuellen Gebührensatzung 871 Euro hinzublättern. Damit liegt Eberswalde genau dazwischen auf Platz 99,5. Vielleicht gebührt aber Eberswalde doch der Spitzenplatz, wenn man nämlich die Kosten einbezieht, welche die Bürger hatten, um sich an den Kanal anzuschließen, obwohl es – wie in Potsdam – hier eine Umlage von Erschließungskosten nicht (mehr) gibt. Zu den *»Wasserkosten«* entsprechend Verbrauch zählen nämlich neben den Grundgebühren auch noch die privaten Anschlußkosten bis zum Kontrollschacht, die mit einem Betrag entsprechend Abschreibungssatz zu berücksichtigen sind. Die sind in der Studie nicht einmal erwähnt. Nicht nur die Bürger der Walzwerkstraße in Finowfurt wissen, daß es hier nicht um Kleingeld geht.

Da diese Kosten keinen Eingang in den Vergleich gefunden haben, ist es mit der Vergleichbarkeit nicht weit her. Von Vorschlägen, wie man die drastischen Unterschiede abbauen kann, ist in der Studie nichts zu lesen. Da gibt es wohl auch keine Lösung. Für die Eberswalder sind die Ergebnisse der Studie weniger interessant, um nicht zu sagen wertlos. Daß wir *»Spitze«* sind, wußten wir vorher!

JOHANNES MADEJA

Wahlversprechen

Wer ist dazu bereit, daß die Mehrwertsteuer für Nahrungsmittel Miete, Strom und Wasser sofort total verschwindet (den Ärmsten bis zum Bettler wäre geholfen).

Dagegen die Mehrwertsteuer für Luxusgegenstände jeder Art auf 50 % bringen. Dort wo Mensche von Luxus umgeben sind, ist diese Forderung nur ein Schritt in Richtung Gerechtigkeit. Der Wahlerfolg wäre überwältigend!

ELISABETH MONSIG, 93 Jahre, Gartz

Langer Trödel in Zerpenschleuse:

Was wird aus den Baumersatzpflanzungen?

Im Zusammenhang mit der Wiederschiffbarmachung des Langen Trödel in Zerpenschleuse sieht das Planfeststellungsverfahren das Fällen bzw. die Rückschnitte von ca. 210 Bäumen vor. Das bedeutet nicht nur den Verlust wertvollen Grüns und eine Veränderung des Landschaftsbildes. Dieser Eingriff wirkt sich auch auf die Lebensraumqualität von Fischotter, Biber, Fledermäusen und Höhlenbrütern (z.B. den Schwarzspecht) sowie vielen Kleinlebewesen aus. Zur Kompensation sind Ersatzpflanzungen vorgesehen, über deren Umfang und Wirkung sich streiten läßt. Allerdings soll es hier nur um den Umgang mit der Ersatzpflanzung gehen:

In Zerpenschleuse wurden von den Vorhabenträgern knapp 50 Bäume gepflanzt. Das ist die gute Nachricht. Doch was ist aus den Bäumen geworden? Blühende Landschaften? Weit gefehlt. Die ersten 19 Erlen, die vor zwei Jahren vom Landesumweltamt zur Pflanzung in Auftrag gegeben worden sind, vertrockneten innerhalb kürzester Zeit. Pflegevertrag: Fehlanzeige. Auf Nachfrage im Landesumweltamt, Außenstelle Neuruppin, hieß es, daß dafür kein Geld zur Verfügung gestanden hätte.

Foto: Silvia Wolff

»Vergessener Baum«, hinter dem Sportplatz wurde stattliche Baumschulware einfach liegen gelassen und nicht gepflanzt.

Diese Antwort machte mich seinerzeit sprachlos. Wie kann eine Baumpflanzung in Auftrag gegeben werden, ohne einen Pflegevertrag abzuschließen? Aber nicht nur das. Es fehlten Bewässerungsmulden und ausreichende Befestigungen. Die wichtigsten Grundlagen zur fachgerechten Baumpflanzung liefert die DIN 18916 *»Pflanzen und Pflanzarbeiten«*. Hat der Auftraggeber geprüft, ob die ausführende Firma fachgerecht pflanzte und die DIN-Kriterien erfüllt wurden? Erst nach mehrfachem Nachfragen kam Bewegung in die Sache. Für die Bäume war es allerdings zu spät. Sie waren inzwischen eingegangen.

Im vorigen Jahr wurden 19 neue Erlen gepflanzt, von derselben Firma. Und auch wieder ohne Bewässerungsmulde und ausreichende Befestigung. Das Drama wiederholte sich. Die Bäume wurden nicht bewässert, die Befestigungsschnüre rutschten an den wackligen dünnen Pfählen bald an den Boden und die Bäume hingen sprichwörtlich in den Seilen. Erneut wandte ich mich an das Landesumweltamt, Außenstelle Neuruppin, um auf den Mißstand aufmerksam zu machen. Es vergingen wieder Wochen, ehe die Firma zumindestens die Befestigungsschnüre wieder an Ort und Stelle beförderte. Jedoch wurden sie nicht richtig fixiert und wenige Tage später hingen sie wieder am unteren Ende der Pfähle. Inzwischen ist ein Baum komplett abgebrochen, mehrere Bäume stehen kurz davor. Mehr als zwei Drittel der Bäume fielen bereits im Frühjahr der Trockenperiode zum Opfer. Wieder droht eine komplette Bepflanzung im wahrsten Sinne des Wortes, den Bach hinunter zu gehen.

Können wir uns das leisten? Warum wurde die Pflanzung nicht geprüft und die Firma angewiesen, für die Anwachsphase die entsprechenden Pflegemaßnahmen durchzuführen?

Und es gibt noch ein weiteres Problem: Was wird aus den gepflanzten Bäumen, die in der Verantwortung des Wasser- und Bodenverbandes *»Schnelle Havel«* stehen oder standen (hier gab es scheinbar einen Trägerwechsel)? Die Baumreihe an der Brücke Forststraße, am ehemaligen Landschulheim, steht kurz vor dem Aus. Auch einzelne Bäume über die gesamte straßenseitige Bepflanzung Liebenwalder/Kanalstraße sind bereits vertrocknet, darunter viele junge Eichenbäume. Die beiden Bewässerungsmaßnahmen im Frühjahr kamen zu spät.

Auch das nächste Dilemma ist vorprogrammiert. Betrachtet man die Pflanzabstände der Baumreihen entlang der Liebenwalder/Kanalstraße, ergibt sich die Vermutung, daß es gar keinen Bepflanzungsplan gab. Wie hätte es sonst passieren können, daß z.B. am Kanalufer Liebenwalder Straße, gleich links neben den Parkplätzen an der Klappbrücke L100, drei Bäume in einem Abstand von etwa einem Meter zusammen stehen. Auch über die gesamte Straßenlänge bis zur Klappbrücke Forststraße stehen die Jungbäume viel zu eng. Generell wurde bei den Pflanzungen nicht auf die Abstände zum Altbaumbestand geachtet. Welche Firma ist dafür verantwortlich? Wer hat hier die Bepflanzung geprüft?

Und noch etwas: Wie konnte es geschehen, daß drei stattliche Eichen mit einem Stammumfang von gut 20 cm auf einer Brache hinter dem Sportplatz einfach *»vergessen«* wurden und vertrockneten?

Hier gibt es einen immensen Klärungs- und Handlungsbedarf, nachdem schon die Baumfällaktion mitten in der Vegetationszeit (BBP 7/2017) eine ganze Reihe von Fragen an die Verantwortlichen aufgeworfen hatte. Was folgen muß, ist eine lückenlose Aufklärung der Versäumnisse mit den entsprechenden Konsequenzen und, zeitnah, die dringend notwendigen Pflegemaßnahmen an den Bäumen sowie Um- und Neupflanzungen. Wir bleiben dran!

Dr. SYLVIA WOLFF, Zerpenschleuse

Kurzsichtige städtische Kulturpolitik

von Dr. Ilona Pischel

Foto: Gerd Markmann

Industriekultur-Erbepflege für künftige Generationen wird vernachlässigt

Der Geschäftsführer des Instituts für Neue Industriekultur (INIK) Dr. Lars Scharnholz hat da einen wirklich ausgezeichneten und tragenden Denkansatz zur ganzheitlichen Pflege unserer in Eberswalde zu pflegenden Industriekultur vorgetragen und wertvolle Erkenntnisse in einer Konzeption zusammengetragen.

Dieses Konzept wäre einer Kreisstadt würdig, die sich der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlt und ist darüber hinaus auch für die nächsten Generationen zukunftsweisend. Deshalb ist es für mich schwer zu verstehen, daß viele meiner Kollegen Stadtverordnete der vorgetragenen konzeptionellen Weitsicht nicht folgen und die Grundidee lieber in viele Einzelvorhaben zerpflücken wollen. Das gesamte Konzept ist so weitreichend, daß es eine Schande wäre, das historische Denkmal Borsighalle separat zu betrachten.

Was hat man wohl mit der Borsighalle vor? Diese Frage tut sich einem auf, wenn man die Aussage der Dezernentin Petra Stibane im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen hinterfragt. Sie äußerte, daß das, was aus der Borsighalle wird, *»separaten Überlegungen«* vorbehalten sei. Die Frage ist nun, welche *»separaten Überlegungen«* und von wem? Dazu äußerte sich die Dezernentin nicht.

Man kann nur hoffen, daß sie an die Einbeziehung des Kulturbeirates oder des Heimatvereins gedacht hat. Ist sich die Dezernentin Frau Stibane der weitreichenden Bedeutung ihrer Alleingangsvorüberlegungen bewußt? Warum wohl soll die Borsighalle nicht in die Konzeptfortschreibung des Familiengartens einbezogen werden, wenn selbst Experten das für sinnvoll halten? Wo ist der Haken?

Ich kann mich des Eindrucks nicht verwehren, daß erst saniert und dann an Privat verkauft werden soll. Damit könnte wahrscheinlich schnell Geld in den kommunalen Haushalt fließen, aber was wird dann aus dem national wertvollen Denkmal der Industriekultur?

Und wie so oft sagten auch diesmal die meisten Volksvertreter vertrauensvoll *»Ja«* zur vorgedachten Verwaltungsmeinung, zum bedingungslos propagierten Sparkurs der Verwaltung und hörten nicht auf ihren gesunden Menschenverstand. Es scheint so, daß einige unserer Volksvertreter ein emotional distanziertes oder gar gleichgültiges Verhältnis zum kulturellen Erbe ihrer Region haben.

Haben sie die in ihren Reihen wirkenden Experten, sachkundige Einwohner u.a. befragt, bevor sie sich kompromißlos der Verwaltungsmeinung angeschlossen haben? Stellen sie in Rechnung, daß in diesem Land ohne großes Zögern Milliarden für Rüstung ausgegeben werden? Kann die noch nicht lange in Eberswalde tätige Dezernentin Petra Stibane die Situation wirklich im Interesse der Bürger der Region einschätzen, ja, kann sie sich überhaupt emotional mit dem Finowkanal, mit der nach der Wende *»kaputtgemachten«* Industrie unserer Region, mit dem kulturellen Erbe des Barnim identifizieren? Wohl schwerlich!

Wie leicht ist da die Entscheidungsfindung der Stadtverordneten im Verwaltungsinteresse suggeriert. Der kommunale Haushalt, die gewählten Volksvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung sind Wirkende und Tätige auf Zeit, doch das kulturelle Erbe bleibt. Man kann es für die Nachwelt pflegen oder Kulturgüter dem Kommerz und damit der Willkür Einzelner preisgeben. Man kann Kultur kostenlos genießen lassen oder den Zugang Privilegierten vorbehalten. Denkmal kommt von *»Über etwas nachdenken«* – aber bitte, bevor es zu spät ist.

Industriedenkmale entdecken

Spechthausen (prest-ew). Eberswalde gilt als Wiege der preußischen Frühindustrialisierung und der Finowkanal hat die industrielle Entwicklung der Stadt maßgeblich gefördert. Bereits im 17. Jahrhundert entstanden die Eisenspalterei, das Messingwerk mit seiner Siedlung oder die Papierfabrik. Dank dem Ausbau des Finowkanals und der Eisenbahnstrecke Berlin-Stettin konnten Erzeugnisse gut und günstig transportiert werden, was die industrielle Entwicklung maßgeblich vorantrieb. Zahlreiche Zeugnisse der industriellen Vergangenheit sind heute noch vorhanden. *»Doch leider gab es bisher nur wenige Informationen zu diesen bedeutenden Denkmalen, daher wurde zur touristischen Aufbereitung durch das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus der Stadt Eberswalde ein Projekt initiiert. In Kooperation mit der Gemeinde Schorfheide und dem Verein Unser Finowkanal sind 16 Informationstafeln entstanden«,* so Eberswaldes Bürgermeister Friedhelm Boginski.

Die letzte Informationstafel wurde im Juni in Spechthausen vorgestellt. Sie informiert über die Geschichte der Papierfabrik Spechthausen, die bis ins Jahr 1709 zurückgeht. Bis 1957 wurde in dem Ortsteil von Eberswalde unter anderem fälschungssicheres Papier für Geldscheine produziert. *»Wenn es die Fabrik nicht gegeben hätte, gäbe es unseren Ort nicht«,* betonte Jörg Müller vom Ortsbeirat. *»Genau aus diesem Grunde müssen wir die Industriekultur und die Industriegeschichte unserer Region stärker in den Fokus rücken«,* so Eberswaldes Bürgermeister. Auf dem Gebiet der Stadt Eberswalde sind in den vergangenen eineinhalb Jahren 13 Tafeln entstanden, in der Gemeinde Schorfheide drei.

Zum Projekt wurde außerdem eine touristischen Begleit-Broschüre entwickelt.

Neue Perspektiven

ehemaliges Krankenhausgelände Zepernick

Das ehemalige Krankenhaus an der Schönower Straße, das die Gemeinde Panketal vor einigen Jahren erwarb, stellt sich immer mehr als Kostenfalle da. Jahrelanger Leerstand und Wasserschäden haben der Bausubstanz immer mehr zugesetzt. Eine Beteiligungswerkstatt, an der sowohl Bürger, Gemeindevertreter als auch sachkundige Einwohner aus der Gemeinde teilnahmen, entwickelte ein Konzept für ein Bürgerhaus für mehrere Generationen.

Die Umsetzung dieses Konzeptes wäre aber für ein dreigeschossiges, baufälliges Gebäude mit einer Investition in Millionenhöhe verbunden. Die Gemeinde steht vor keiner leichten Entscheidung. Deshalb müssen alle Alternativen auf den Prüfstand kommen. Kostbar ist weniger die sanierungsbedürftige Bausubstanz des alten Krankenhauses als vielmehr die ruhige, zentrale Lage innerhalb des Ortes Panketal und die Nachfrage nach Wohnflächen und barrierefreiem (auf Wunsch betreutem) Wohnen. So sehen die Unabhängigen Panketal im Abriß der baufälligen Substanz zugleich eine Chance für ein zeitgemäßes Wohnbauprojekt, das ein Investor umsetzen könnte.

Die Erfahrung kostspieliger Bauprojekte aus zahlreichen Orten Brandenburgs sollte Panketal nicht auch noch machen müssen.

Das begehrte Bürgerhaus könnte im kleineren Maßstab nur wenige Meter vom Standort des alten Krankenhauses in der Kita der Johanniter-Unfallhilfe *»Traumschloß«* umgesetzt werden. Diese planen einen modernen Kitaneubau und geben somit zeitnah den alten Standort der Villa auf. Ein Umbau des Gebäudes zum Bürgerhaus wäre aus unserer Sicht ein für unsere Gemeinde realistisches Projekt.

CHRISTIANE HERRMANN,
Die Unabhängigen Panketal

Rosenkalender 2018

»*Ave Maria*« ist die Rose des Dezemberblattes im neuen Rosenkalender 2018 von WALDTRAUD VOIGT. Die Technik: Aquarellstift.

Die Erlöse aus dem Verkauf des Kalenders werden zugunsten TERRE DES FEMMES (www.frauenrechte.de) gespendet. Der Rosenkalender 2018 kann im Heimatmuseum Eberswalde für 7 Euro erworben werden.

STOP Früh-*Ehen*

Gesetze alleine reichen nicht!

Mit dem neuen »*Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen*« hat TERRE DES FEMMES schon viel erreicht. Aber im Alltag ist das Thema weiterhin ein Problem. Junge Frauen werden auch hier zur Ehe gezwungen oder kommen als frühverheiratete Geflüchtete nach Deutschland. Aufklärung und professionelle Unterstützung ist für alle wichtig, die sich in einer Notlage befinden: TERRE DES FEMMES bietet den Betroffenen konkrete Erstberatung und zeigt Lösungswege für eine gewaltfreie Zukunft auf.

Außerdem leisten wir zum Thema Frühehen und Zwangsheirat deutschlandweit Präventionsarbeit in Schulen und Flüchtlingsunterkünften: diese besteht u. a. aus dem interaktiven Theaterstück für SchülerInnen »*Mein Leben. Meine Liebe. Meine Ehre?*«, einem Leseprojekt zum deutschen Spracherwerb für geflüchtete Mädchen und Aufklärungsarbeit mit einem neunsprachigen Info-Flyer, der flächendeckend in den Unterkünften verteilt wird.

Für diese wichtige Arbeit sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Unterstützen Sie uns: Für ein selbstbestimmtes Leben aller Mädchen und Frauen in Deutschland – ohne Ehe-Zwang!

CHRISTA STOLLE

TERRE DES FEMMES, Menschenrechte für die Frau e.V., Brunnenstr. 128, 13355 Berlin
Spendenkonto: EthikBank, IBAN DE88 8309 4495 0003 1160 00, BIC GENODEF1ETK

Konkurrenz *kontra staatliche Regulierung*

Gerade liegen die äußerst kontrovers und einseitig geführten, von wenig Nachhaltigkeit für die Region geprägten und weitgehend ohne politischen Weitblick geführten Diskussionen zur Schaffung eines Citymanagements in Eberswalde und zum kostenlosen Parken in der Innenstadt hinter den Stadtverordneten von Eberswalde. Da füllt eine erneute, an Konfliktpotential reiche und brisante Diskussion die Erweiterung des Fachmarktzentrums in Finowfurt betreffend das kommunalpolitische »*Sommerloch*«.

Die Gemeindevertretung Schorfheide »*wagt*«, sich einstimmig – und gegen die für mich unverständlichen Ambitionen Eberswaldes – für die Schaffung drei weiterer Einzelhandelseinrichtungen auszusprechen. Ich habe als Stadtverordnete von Eberswalde mehrfach meine Position zum Thema Erweiterung des Fachmarktzentrums in Finowfurt dargelegt. Nun gibt es eine neue Situation unter veränderten Rahmenbedingungen.

Wie engstirnig und kurzsichtig muß man denken, wenn man sich unumstößlich auf einen Vertrag zwischen der Gemeinde Schorfheide und der Stadt Eberswalde aus dem Jahre 2002 als der Weisheit letzten Schluß beruft, um handelspolitisch zu dominieren und Konkurrenz auszuschließen? Wie aufgeheizt muß die Stimmung sein, wenn allein das Votum, das Fachmarktzentrum in Finowfurt zu erweitern, damit gerügt wird, es würde der Stadt Eberswalde Schaden zugefügt? Welche großen Befürchtungen muß es geben, verfehlte handelspolitische kommunale Infrastrukturpolitik der Wendejahre in Eberswalde zugeben zu müssen?

Unter *www.chronikderwende.de* kann man nachlesen, daß damals nicht genug für Eberswalder Unternehmer getan wurde und die Stadtoberen Geschäftsleute aus dem Westen bevorzugten. Die damaligen Stadtverordneten – ich war eine von ihnen – fühlten sich unzureichend einbezogen.

Für viele Bürger Eberswaldes war und ist Finowfurt in der Tat ein attraktives zusätzliches Einkaufsangebot. Und nicht nur das. Gern nutzen heutzutage Eberswalder auch das Facharztangebot Finowfurts und die Seniorenresidenzen in der Gemeinde Schorfheide – ohne daß in Eberswaldes Verwaltung und Stadtpolitik diesbezüglich Ängste des Abzugs von Patienten oder Heimbewohnern laut werden.

Das beständig von Eberswalde ins Feld geführte Argument des Kaufkraftabzuges, dem man mit allen Mitteln Einhalt gebieten müsse, ist in unserer heutigen Gesellschaft haltlos.

Umso unverständlicher ist, daß der Bürgermeister als FDP-Mitglied die grundsätzlichen Forderungen seiner Partei, formuliert im aktuellen Bundeswahlprogramm, kommunalpolitisch unberücksichtigt läßt. Dort heißt es: »*Der Staat greift viel zu häufig in wirtschaftliche Prozesse ein*«. Die FDP stehe für eine freie Marktwirtschaft, die der Staat möglichst wenig reguliert. Man hat den Eindruck, daß dies kommunalpolitisch offensichtlich nicht so gewollt ist.

Warum soll man nicht nach Finowfurt fahren, auch wenn man im Eberswalder Westend-Center einen wahrlich nicht kleinen Rewe-Markt errichtet hat und dazu einen weiteren Schuhmarkt, obwohl in wenigen Metern Entfernung ein solcher seit Jahren besteht und das Schuhhaus am Markt Möglichkeiten bietet?

Ich stelle mir die Frage, welche Motivation es für das Verbot des Tiermarktes »*Freßnapf*« in Finowfurt gab, wenn man selbst einen solchen in Eberswalde-Westend in etwas kleinerer Dimension als in Finowfurt geplant errichtete. Auch die Finowfurter haben Haustiere, wollen wie die Eberswalder vor Ort einkaufen und sich längere Wege mit unerfreulicher und erfolgloser Parkplatzsuche ersparen.

Die Befürchtung des Kaufkraftabzugs besonders aus der Eberswalder City, hat sich für mich allein schon durch das indifferente und inkonsequente Verhalten einiger Eberswalder Händler relativiert. Statt für das nachhaltige Wirken eines Citymanagements, hat man sich, unterstützt von der Mehrheit der Stadtverordneten, für die wirkungslose Kurzfristigkeit haushaltsjahrgeprägter, völlig unzureichender Zahlungen durch die Stadt entschieden. Es stellt sich die Frage, wie groß der Leidensdruck wirklich war.

Das Verhindern eines Kaufkraftabzuges funktioniert nur über eine weitere Belebung der Konkurrenz und nicht über die weitere Forcierung kommunalpolitischer Regulierungen. Niemand hindert die Stadt Eberswalde daran, neue, innovative handelspolitische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Gestalten wir also Eberswalde attraktiver und einkaufsfreundlicher. Schaffen wir gerade in der City eine Symbiose von Stadtkultur, Heimatpflege, Gastronomie, Dienstleistungen und Konsum.

Halten wir nicht kleinlich an Altem starr fest, sondern stellen wir uns als Mittelzentrum und mit Blick auf die bevorstehende Kreisgebietsreform mit Größe den neuen Herausforderungen.

Dr. ILONA PISCHEL

Bedauernde Kenntnisnahme

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Stadtverwaltung Eberswalde nahm zur Kenntnis und bedauert den Beschluß der Gemeindevertretung Schorfheide vom 12.07.2017 zum Bebauungsplan Nr.101 »*Änderung Fachmarktzentrum*«.

Die Zugeständnisse der Stadt vom Februar sollten Streit vermeiden. Doch nun sollen trotz Absprachen neben einem Nahversorger auch noch 2 zusätzliche Fachmärkte angesiedelt werden. Das entspricht nicht nicht der landesplanerisch zugewiesenen Grundversorgungsaufgabe der Gemeinde Schorfheide und bedeutet zum anderen Kaufkraftverluste für den Einzelhandel Eberswaldes, insbesondere in Finow und im Brandenburgischen Viertel.

Mit Kreativität und gutem Willen

Die Förderung des Radverkehrs steht, entgegen der schönen Sonntagsreden, in der Prioritätenliste der Stadt Eberswalde weit hinten.

Ein Kilometer Radweg kostet, legt man frühere Baumaßnahmen zugrunde, rund 250.000 Euro. Werden vorhandene Wege genutzt, wird es entsprechend billiger.

Insofern wäre es durchaus angemessen, wenn im Eberswalder Haushalt jährlich eine Summe von 250.000 Euro für den Eigenanteil an neuen Radwegen eingestellt werden. Im aktuellen Haushalt 2017/18 sind es nur 75.000 Euro – wohlgemerkt für beide Jahre zusammen und einschließlich Fördermittel. (BBP 6/2017)

Auch wenn natürlich Fördermöglichkeiten genutzt werden sollten, wäre es wohl kontraproduktiv, darauf das Hauptaugenmerk zu legen. Insbesondere sollten keine Radschnellverbindungen entlang der Hauptverkehrsstraßen geplant werden, weil hier zwangsläufig Konflikte mit dem übrigen Verkehr provoziert werden.

Die für Eberswalde hilfreichen Radverbindungen – davon muß man wohl ausgehen – werden oft nicht förderfähig sein. Aber das sollte nicht Grund sein, davon zu lassen. In Eberswalde haben wir gute Alternativen für solche Radschnellverbindungen beispielsweise über den Treidelweg oder die sogenannte Erlebnisachse Schwärzetal, für die schon viel Geld investiert wurde. Was fehlt, sind insbesondere vernünftige Anbindungen vom Treidelweg, von der *»Erlebnisachse«* und den westlichen Stadtteilen zum Bahnhof. Letztere Anbindung könnte über die Drehnitzwiesen und die Wohngebietsstraßen in Westend geführt werden. Eine Ergänzung durch Radwegeneubau wäre über den Luisenplatz und die alte Dachpappenfabrik denkbar. Wenn es gelingt, eine Lösung für die Altlastenproblematik der Dachpappenfabrik zu finden – etwas Kreativität, die über den Dienst nach Verwaltungsvorschrift hinausgeht, wäre dabei sicherlich hilfreich – könnten dort perspektivisch auch neue Stellplätze für Fahrräder und Autos entstehen, für die sich vielleicht sogar eine Westanbindung des Bahnhofs, beispielsweise über eine Verlängerung des Fußgängertunnels, lohnen würde. Das würde freilich einiges kosten.

Vieles andere wäre ohne viel Geld möglich. Manchmal braucht es bloß ein paar Hinweisschilder. Die würden etwa ausreichen, um den Radverkehr vom Treidelweg über das Wohngebiet Kupferhammer zur Britzer Straße zu leiten. Dort gibt es bereits Radwege, die das Einkaufszentrum in der Angermünder Straße erschließen und zum überörtlichen Radweg nach Lichterfelde und zum Werbellinsee führen.

Um eine neue Prioritätensetzung zu erreichen, bedarf es die Überarbeitung des Radnutzungskonzepts von 2015. Auf neuer Grundlage können dann auch die entsprechenden Haushaltsmittel für einen angemessenen Radwegebau in Eberswalde geplant werden.

GERD MARKMANN

Kontur – Körper – Kreatur

In der Ausstellung von JUDY SCHMIDT steht der eigene Körper als Ausdrucksträger im Mittelpunkt. Konturbetonte Aquarelle und Zeichnungen stellen unterschiedliche Wesensformen zur Schau und thematisieren tiefe Gefühlswelten. Die Visualisierung von Gesicht und Körper verleiht Emotionen einen Charakter und offenbart das Fühlen des eigenen Ichs. Wut, Traurigkeit, Schmerz und Haltlosigkeit werden als Teil des Seins angenommen und direkt zum Ausdruck gebracht.

Die Eigendynamik der Bilder ist durch die Auseinandersetzung mit herausfordernden und zwischenmenschlichen Themen wie Körperlichkeit, Nähe, Wärme und dem Allein-Sein geprägt.

Einige dargestellte Selbstkörper und kreatürliche Wesen bieten Denkanstöße und fungieren als Anreiz zur Provokation. Anstößig, hemmungslos und ohne jeglichen erotischen Hintergrund wird die gesellschaftliche Reduktion auf das weibliche Geschlecht thematisiert. Dabei steht das auferlegte Korsett der zugeschriebenen weiblichen Sexualität im Konflikt zu dem eigenen Sein. Die Bilder erzeugen eine spürbare Spannung, da sie unbequeme Fragen stellen, ohne Antworten zu liefern.

Die 118. Ausstellung in der Zainhammer Mühle wird von Judy Schmidt gestaltet und dauert bis zum 3. September.

INES FRANK

Kino *im Heidekrug*

Der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 Joachimsthal zeigt im kommunalen Kino:

Freitag, 18.8., 19.30 Uhr: FREUNDE FÜRS LEBEN (Spanien/Argentinien 2015)

Die zwei besten Freunde Julián und Tomás kennen sich seit ihrer Kindheit und treffen sich nach Jahren in Madrid wieder. Schauspieler Julián lebt dort mit seinem Hund, er hat sich von seiner Frau getrennt und sein Sohn studiert in Amsterdam, während Informatiker Tomás seine Familie und seinen Job in Kanada hat. Als sie sich wiedersehen, scheint es beiden so, als hätten sie sich niemals aus den Augen verloren. Sie verbringen ein paar unvergeßliche Tage miteinander, lachen, schwelgen in Erinnerungen und weinen, denn auf ihr Wiedersehen folgt ein Abschied für immer (Länge: 108 Minuten, FSK: 0, 6 Euro).

Mittwoch, 23.8., 9.30 Uhr: DAS MAGISCHE HAUS (Animationsfilm, Belgien 2013).

Thunder ist ein junger Kater, der von seiner Familie verlassen wurde. Verloren und allein findet er Zuflucht in einem geheimnisvollen Haus, das Lawrence, einem pensionierten Zauberer gehört. Thunder fühlt sich wohl in der verwunschenen Villa, die voller merkwürdiger, aber sehr lustiger Gestalten ist. Als Lawrence ins Krankenhaus muß, versucht sein Neffe alles, um die Villa hinter dem Rücken seines Onkels zu verkaufen. Da hat Thunder eine tolle Idee – ihr Zuhause soll in ein Spukhaus verwandelt werden! Mit Hilfe seiner kleinen Freunde organisiert er den Widerstand (Länge 82 Minuten, FSK 0, 2 Euro).

Sonntag, 27.8., 20 Uhr: Wanderkino-Abend im Skulpturengarten. Gezeigt werden frühe Stummfilme von Charlie Chaplin: Der Einwanderer, Easy Street und Die Kur (alle 1917). Wie in den Vorjahren reisen Gunthard Stephan (Violine) und Tobias Rank (Piano) wieder mit ihrer umgebauten Magirus Deutz-Feuerwehr an, spannen die Leinwand auf, führen die Filme vor und begleiten sie musikalisch. Ein unvergleichliches Open-Air-Erlebnis in der spätsommerlichen Abenddämmerung. Sollte es wider Erwarten regnen, findet die Vorstellung im Heidekrug in der Brunoldstraße 1 statt. Eintritt 8 Euro / Kinder 5 Euro.

Freitag, 25.8., 19.30 Uhr: THE SALESMAN (FORUSHANDE) – das oscarprämierte Beziehungsdrama des iranischen Regisseurs Asghar Fahrhadi (Iran / Frankreich 2016).

Das Ehepaar Rana und Emad muß umziehen. Im neuen Heim aber werden sie nicht heimisch, nachdem die Ehefrau dort Opfer eines sexuellen Missbrauchs geworden ist.

Der iranische Regisseur Asghar Farhadi (Oscar für *»Nader und Simin«*) erweist erneut seine Meisterschaft, private Dramen als Spiegelbilder gesellschaftlicher Verhältnisse eindringlich zu erzählen. Den Hintergrund für die Geschichte bilden Proben zu Arthur Millers Stück *»Tod eines Handlungsreisenden«* (Länge: 125 Minuten, FSK: 12, 6 Euro).

Wer sagt, daß Don Quichotte gestorben wär?

Ein Poesiealbum der Dichterin JULIA DRUNINA (1924-1991)

Am Samstag, dem 26. August um 19 Uhr, kommt FRANK VIEHWEG mit seinem Julia-Drunina-Programm ins Lyrikhaus Joachimsthal in der Glockenstraße 23. FRANK VIEHWEG präsentiert seine Nachdichtungen der Verse der sowjetischen Poetin und stellt Ihnen Lieder russischer Barden in ebenfalls eigener Übertragung zur Seite. Der Eintritt beträgt 10 Euro. *GISBERT AMM*

»Ich habe mich in eine Frau verliebt«, bekennt Dichtersänger Frank Viehweg. »Als ich ihr das erste Mal begegnete, war sie bereits seit zwanzig Jahren tot. Geblieben sind, mir zum Trost, ihre Gedichte. Einige davon habe ich in den letzten Jahren ins Deutsche übertragen.«

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ❑ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ❑ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ❑ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
  Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ❑ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ❑ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ❑ per Bankeinzug ❑ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

❑ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: *Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde*
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

Neues Angebot in der Bibliothek

Ting-Stifte in der Bücherei

Eberswalde (prest-ew). Die Stadtbibliothek Eberswalde hält seit Mai ein neues Angebot bereit. *»Unsere kleinen Besucher werden sich freuen, wir leihen Tiptoi und Ting-Stifte aus. Das sind so genannte Hörstifte. Seit längerem haben wir auch viele dazugehörige Sachbücher im Angebot. Diese werden gut genutzt«*, so Bibliotheksleiterin SABINE BOLTE. Die Stadtbibliothek Ebers-

im Garten – *Konzerte*

Freitag, 25.8., 20 Uhr: Am Oder-Havel-Kanal bei »Empor« · Mohammad Reza Mortazavi
Sonnabend, 26.8., 10.30 Uhr: Im *»Wäldchen«* in der Kreuzstraße · Olmo & Laurin Oppermann
Sonntag, 27.8., 17 Uhr: Pfingstkapelle in Ostend Nora Thiele & Nevzat Akpinar *»Saz Semai«*

impressum

*heraus***geber:** Barnimer Bürgerpost e.V.
*an***schrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
*tele***fon:** (0 33 34) 35 65 42
*e-***mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de
*inter***net:** www.barnimer-buergerpost.de
*redak***tion:** Gerd Markmann
*drucker***ei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
*redaktions***schluß:** 9. August 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODEBB. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6. September 2017.